

offensiv links

herausgegeben von der bewegung für sozialismus



s 10.-/dm 1,50/sfr 1,50
nr. 53
juni 1979
jahrgang 6

Der österreichische Weg?

Zu diesem Heft

Der Sommer hat dieser Nummer bereits seinen Stempel aufgedrückt: mit halbem Redaktions-Team kamen wir gerade noch über die Termin-Runden der Fertigstellung; auch das Gleichgewicht zwischen Innen- und Außenpolitik hatte darunter zu leiden.

Z.B. blieben die Hochschulwahlen unberücksichtigt, obwohl manch kritisches und selbstkritisches Wort aus linker Sicht dazu zu sagen gewesen wäre. Bei den

Arbeiterkammerwahlen am 10./11.Juni: alle werktätigen OL-Leser/innen, bitte gütigst nicht vergessen, die Liste 5 der Gewerkschaftlichen Einheit zu wählen!

Nach der Juli/August-Doppelnummer wird die Redaktion in Herbstklausur gehen und vor allem Inhalt, Konzept und Vertrieb der Zeitung erneut genauestens unter die Lupe nehmen.

Einen recht heißen Sommer, alternative Ferien und viel Spaß wünscht

Die Redaktion

Inhalt

- 3 Der österreichische Weg?
- 4 Politik und Geist?
- 5 Kann der Wacker-Platz gerettet werden?
- 8 alltägliche geschichten
- 11 Kunst und Kadi
- 10 Gibt es „Freispruch“?
- 12 Was ist ein Glimpf?
- 13 Rhodesien:
Mehr Konflikte statt Frieden
- 14 Die SU und das Südliche Afrika
- 15 Unabhängigkeit für den Tschad
- 17 Nicaragua:
Am Vorabend des Volksaufstandes
- 21 Afghanistan:
Im Jahre eins
- 23 Frankreich:
Die Stagnation der Spaltung
- 25 Italien:
Marx raus, mich rein
- 28 Diskussion:
Demokratie und Sozialismus
- 31 Leserbrief

Impressum

offensiv, weil Verhältnisse,
die drücken,
sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir
Widersprüche aufdecken. Erfahrungen ins
Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern.

offensiv links – solidarisch mit allen
Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung,
solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1040 Wien
Eigentümer, Herausgeber,

Verleger und Vervielfältiger: Bewegung für Sozialismus (föj). Für den
Inhalt im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich: Alfred Prandl.
Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10. ● Redaktion und Vertrieb:
1040 Wien, Belvederegasse 10, Tel.: 65 19 52. Einzelpreis: S 10,- Abonne-
ment: S 90,- (jährlich). ● Kontonummer: 223-102-976, Länderbank Wien.

Der österreichische Weg?

Der 6. Mai wird in der österreichischen Geschichte der 2. Republik vielleicht keinen bedeutsameren Platz einnehmen als andere Parlamentswahlen auch. Ein Hatrick in der Erringung der absoluten Mehrheit im Parlament ist zwar für eine sozialdemokratische Partei nichts Alltägliches, aber schließlich hat sich auch die schwedische Sozialdemokratie an derlei rasch gewöhnt. In Österreich macht's Kreisky möglich. Die Leut' ham ihn halt a bißl gern. Kreisky forever? Warum sollte er nicht auch noch den Rekord eines Adenauer überflügeln, was Ruhm und Erfolg im hohen Alter betrifft? Kreisky als Bundeskanzlerkandidat für 1983 ist heute schon denkbar geworden. Das hängt von seiner Gesundheit ab und davon freilich auch, wie die SPÖ die kommenden schweren Zeiten für Wirtschaft und Politik meistert.



Die SPÖ eroberte die Mehrheit der Wähler in acht von neun Bundesländern; sie gewann an Stimmen dazu sowohl in den Ballungszentren als auch in den kleinen Gemeinden; sie konnte den Großteil der Jungwähler für sich rekrutieren. Das bürgerliche Lager hat seine bisher schwerste politische Niederlage seit 1945 einstecken müssen. Trotzdem wäre es verfehlt, von einem allgemeinen Linkstrend in den Farben Österreichs zu sprechen. Der österreichische Weg, den die SPÖ eingeschlagen hat, weicht vom breit ausgetretenen Pfad des Kapitalismus nicht einen Zoll ab. Aber es wird niemand links oder rechts liegengelassen. Wer nicht mithält, ob Arbeiter, Bauer, Intellektueller oder Unternehmer, wird auf dem breiten Rücken der braven Masse mitgetragen. Der eine wiegt leichter, der andere schwerer. Die Kosten trägt der Staat, d.h. wieder die Massen der kleinen Steuerzahler. Wenn es so weiter gut geht, warum sollte es nicht ewig so weiter gehen. So scheinen jedenfalls nach diesem Wahlergebnis die meisten in diesem Land zu denken. Der österreichische Weg ist sozial nach Maßen, human nach Möglichkeit, liberal nach Tunlichkeit und fortschrittlich in aller Heimlichkeit. Aus dem Ausland kommen Politologen ins Land, um das rot-

weiß-rot gescheckte Mondkalb genauer unter die wissenschaftliche Lupe zu nehmen...



Wie gesagt, so lange es gut geht, gefällt's außerordentlich. Eine so starke SPÖ könnte, wenn es nicht mehr gut geht, eventuell die Courage haben, andere Wege zu gehen. Sie wird weitere Reformen, die als bereits abgeschrieben galten, nun wieder in Angriff nehmen. Die Linken in ihren Reihen können nicht mehr so leicht mit dem Hinweis auf die schlecht abgepolsterte Mehrheit im Plenarsaal in den Wandelgängen des Parlaments zum Kuschen gebracht werden. Das Positivste an diesen Wahlen: Steinhauser, Pretterebner, Bergers Ränger, der Staberl („ÖVP-Oberranger“ laut Kreisky), Lingens & Co. haben eine klassische Abfuhr erhalten. Dem Androsch drohen seine Felle davonzuschwimmen. Es ist nicht mehr so sicher, daß Benya der stärkste Mann in der SPÖ ist. Und Bacher wird sich mehr in acht nehmen bei seinen privaten Rundfunkreformen. Es ist nicht sehr viel. Verglichen mit dem, was uns im Falle eines ÖVP/FPÖ-Triumphs geblüht hätte, ist es eine ganze Menge.



Wir werden es trotzdem nicht leicht haben. Diese sehr stark gewordene SPÖ wird ihre integrativen Tenden-

zen Richtung links noch verstärken. Wir haben die SPÖ nie verteufelt, wir haben über sie nie Illusionen gehabt. Wir waren stets für eine realistische autonome Politik außerhalb ihrer zu mächtigen und jeden Veränderungs-willen leicht erdrückenden Dimensionen.

Die von uns vorausgesehene, in Diskussionen mit KPÖ-Vertretern im Club links in Wien und Graz vorausgesagte Entwicklung der ständigen Verluste sollte diesmal doch zu gewissen Überlegungen Anlaß geben. Die KPÖ ist auf ihren Tiefstand von 1970 zurückgefallen. Eine politische Kursänderung in der KPÖ wäre auch für uns von großer Bedeutung.

Die Schaffung einer linken Alternative steht heute unter günstigeren Voraussetzungen als die Jahre zuvor. Viele ultralinken Illusionen sind verflogen; viele mit viel Idealismus und persönlichem Einsatz getragenen orthodoxen Revolutions-Projekte sind heute ein Trümmerhaufen. Kreise, die uns politisch zwar nahestanden, aber bisher keine Ansätze für eine politische Praxis gesehen haben, zeigen heute mehr Bereitschaft und Interesse, was zu tun. Nach den Arbeiterkammer-Wahlen wäre es eine vorrangige Aufgabe für uns, gezielt an die Linke in der SPÖ, an kritische Genossen in der KPÖ und an alle undogmatischen linken Kreise heranzutreten und sie zu einer Debatte über gemeinsame Strategien für die 80er Jahre aufzufordern.

Z.



Politik und Geist?

Die Krise der bürgerlichen Gesellschaft äußert sich oft weniger drastisch in ihrer materiellen Gestalt, in der Ökonomie. Viel offener tritt eine Krise der Werte, die geistige Krise einer morbidem, absterbenden Gesellschaft zutage, die ihre genialen Kritiker, aber auch ihren niedlichen Beschöniger bei Künstlern und Intellektuellen findet. Sie sind die recht eigentlichen Ideologen einer von der Realität alltäglich demaskierten Gesellschaft, die sich derzeit noch nicht mit Zähnen und Klauen, sondern mit Lüge und Selbstlüge zu verteidigen sucht.

In seiner Wahlpropaganda hat das bürgerliche Lager vor dem 6. Mai verschiedene Saiten aufgezogen und auf unterschiedlichen Klaviaturen aufgespielt. Hinter den Blumenplakaten aber standen Bergers Ranger; abseits Buseks g'scheiter Schbrüch' („Busek sagt:“ . . .) agierte ein Steinhauser mit seinen Boykottlastwagen (doppelt eing'fahrr!). Uns fiel eine Broschüre in die Hand, die auf der höchsten, der „geistigen“ Ebene die Stärkung der gutbürgerlichen Sache gegen ihre linksintellektuellen Anfechter forcierte.

vip – iwip: seltsame Vogellaute?

„vip“ ist nicht nur eine international übliche Bezeichnung für prominente Fluggäste (very important person). Es läßt sich auch mit „verlässlich, informativ, persönlich“ übersetzen. Wes Geistes politisches Produkt das ist, errät man unschwer, wenn die Nestbezeichnung auch festgestellt ist: „iwip“ ist schlicht ein „Institut für Wirtschaft und Politik“. Geist weht eben, wo er will. Besagte Sondernummer dieser geheimnisvollen „vip“-Reihe befaßt sich also mit dem gewaltigen Thema „Politik und Geist“. Aufgeboten wurde die jüngere Intellektuelleneelite des bürgerlichen Österreich samt enragierten ehemaligen Anrainern: Lingens, Marboe. W. Kraus, Krejci, Spitzky, Busek und Gaspari neben den Herren Sebestyén und Ota Filip. Hier eine kurze Dokumentation ihrer illustren Gedankengänge:



Lingens: „Gibt es den ‚Rechtsintellektuellen‘? Antwort: Ja.“ – aber nicht etwa der Lingens ist's sondern: – „Bruno Kreisky. Viel Hirn. Mancherlei Zweifel, außer an sich selbst. Aber keinerlei ernsthafter Anspruch, die bestehende Gesellschaft zu verändern“

Lingens hat da was ausgeplaudert. Wohl gemerkt, vor dem 6. Mai! Ob er sich nachher an den Kopf gegriffen hat? An wieviele „Rechtsintellektuelle“ war das eine indirekte Aufforderung, ruhigen Gewissens Kreisky zu wählen? Das kommt davon, wenn man so recht intellektuell „sophisticated“ ist. An irgendwas hat dieser Lingens bei seinem Beitrag in seiner typisch journalistischen Schnodrigkeit mangeln lassen. An Vorsicht? An Intelligenz? Dabei schließt er seine durchwegs „kritischen“ Ausführungen mit dem Satz: „Diese kritische Vorsicht gebietet in unseren Augen die kritische Intelligenz.“

Nicht an schwermütiger, ja barocker Intelligenz mangelt es E. W. Marboe. „VIP (Theodor Faulhaber): Herr Marboe – kreativ und konservativ –, paßt das zusammen? E. W. Marboe: Ich glaube, absolut. Im Gegenteil, ich

glaube, daß Konservativ-Sein die Vorbedingung ist für die Kreativität. Nur wer über eine Vergangenheit verfügen kann, über eine Erbmasse, über Dinge, die in unserem Unterbewußtsein versteckt liegen, wer sozusagen über ‚Humus‘ verfügt, kann Dinge zum Wachsen und Blühen bringen. Wir Österreicher haben ja das große Glück, eine Vergangenheit zu haben.“

Wir staunen! Bisher dachten wir, daß Österreich bestenfalls eine schöne Zukunft hinter sich hätte . . . Aber daß es eine Vergangenheit hat, ist neu und von beunruhigender Tragweite! Es wird noch bunter, pardon düsterer. Marboe: „Das heißt: wir müßten die Potenzlosigkeit, die im Bürgertum zu stecken scheint, überwinden. Bakteriell ist es praktisch schon immunisiert, so wie einer Leiche auch der Messerstich nicht mehr weh tut. VIP: Die Sinne lassen aus. Man merkt gar nicht mehr, was eigentlich um einen vorgeht. E. W. Marboe: Die Sinne lassen aus, das Orientierungsvermögen läßt aus. Siehe auch den Verfall der Sitten.“

Komisch? Mitnichten. Marboe beherrscht nicht nur die Kunst der Diagnose, er kennt auch die Therapie. Und die erscheint uns in der Vergangenheit, die Österreich nun einmal hat, zu erfolgreich praktiziert worden zu sein. Marboe's Schlußwort: „Ich möchte hier auf den Solschenizyn-Vortrag hinweisen, den er an der Harvard-Universität unter dem Titel ‚Neigt sich die Freiheit auf die Seite des Bösen?‘ gehalten hat. Es ist keine Frage, daß die Freiheit selbstverständlich auch ihre Grenzen hat. Und ich glaube, daß wir die Grenzen der Freiheit bei vielen Dingen bei weitem überfordern und überschreiten, und daß dort unser Unheil liegt.“

György Sebestyén – außer sich

Das ist der bekannte Fabulierton des Universalintellektuellen? „jedes Leben erneuert sich, wirft sich ins Fremde, gerät außer sich, geht in sich, vergeht;“ – no, habb ich äs nicht schön gäsagt, bittä? Das war erst der Anfang. Kommt

Maß und Anmaßung



baren Widerspruch provoziert. Die Antwort war Schweigen. An dem man auch still und leise ersticken kann. Im bürgerlichen wie im sozialdemokratischen Lager. Dieses ist total versumpft und gehört trockengelegt. Jenes aber – doch wozu selbst nach Vergleichen suchen? Zitieren wir noch einmal den unvergleichlichen Marboe: „Bakteriell ist es praktisch schon immunisiert, so wie einer Leiche auch der Messerstich nicht mehr weh tut.“

Ota Filip – Sozialismus ist reaktionär

Einen Gipfel der politischen Geistigkeit stellen Ota Filip's Bekenntnisse eines Ehemaligen dar. Er ist so stark, daß jede Kritik an ihm versagen muß, da sie ihn nur verharmlosen würde. Fett stellt er den Kernsatz seiner wütenden Selbstangriffe (anders als eine blindwütige Abrechnung mit seiner eigenen Vergangenheit ist's nicht zu verstehen) in den Mittelpunkt seines Textes: „*Anti-kommunistisch zu sein bedeutet heute ‚progressiv‘, ‚fortschrittlich‘ zu sein, für den Frieden und die Gerechtigkeit einstehen.*“ Daneben eine Karikatur von J. P. Sartre, des Linksintellektuellen par excellence, ihn mit der Vergrößerungslupe in der Hand zeigend, an deren Arm das Blindenzeichen prangt. (Sartre ist heute tatsächlich fast erblindet...)

er auf intellektuelle Touren, wird sein Tiefgang ozeanisch. „Wachsam betrachtet er das eigene Dahinleben und Dahinsterben, staunend über das in ihm beußtwerdende Chaos all der Jahrtausende, überall die Variationsmöglichkeiten einer sozialen Urkraft, die immer wieder neue Strukturen schafft und Phantasmagorien hervorbringt: Einbildungen, die Zusammenleben normativ gestalten. Je stabiler die Existenzform, umso morbider die Süßlichkeit der Idylle, je größer die Sicherheit des Seins, umso schwieriger, den Sinn des Lebensablaufes zu begreifen, je geordneter die äußere Welt, umso hohler die innere – und womit könnte sich das Vakuum füllen, wenn nicht mit Arabesken, die durch das gestörte Verhältnis zur Wirklichkeit entstehen, also mit Wahnsinn?!“
Man beruhige ihn . . .

Einen kühlen Kopf bewahrt Erhard Busek in seinen politisch durchgeistigten Überlegungen. Als Mann der Praxis fackelt er nicht lange herum, sondern kommt zum springenden Punkt: „In der ÖVP ist Raum genug und Freiheit genug für Intellektuelle, für ihre Kritik und geistige Ungeduld. Doch Freiheit, die angeboten wird, bleibt unverwirklicht, wenn man nicht persönlich für sie eintritt. Die Intellektuellen können nicht auf einen geschützten Raum hoffen,

denn um eines kommt niemand herum: Man muß sich die Freiheit nehmen, frei zu sein.“

Busek fordert offenbar zur Courage auf, die er selber beweist, wenn er feststellt: „Es gibt in Österreich ein intellektuelles Elend der Politik und ein politisches Elend der Intellektuellen.“ Was folgert Busek daraus? „Der Preis dieses beiderseitigen Elends: Österreich hat seine politische und wirtschaftliche Lebensfähigkeit dank des innenpolitischen und sozialpartnerschaftlichen Kompromisses erlangt, den intellektuelle Politiker wohl nicht zustandegebracht hätten; die geistige Lebendigkeit und Lebensfähigkeit Österreichs hat aber zweifellos abgenommen.“

Busek verwechselt – mit Absicht? – Ursache und Wirkung. Hier, in seiner letzten Feststellung liegt nämlich tatsächlich eine der Ursachen für das, was er vorher als Phänomen konstatiert hat. Inmitten eines dreißigjährigen Sozialfriedens ist mancher Kampfgeist verkümmert, hat sich kritische Sehschärfe getrübt, hat sich das Wischiwaschi politischer und geistiger Unverbindlichkeit überall breitgemacht. Wer sich immer in diesen vielen Jahren die Freiheit genommen, dies frei heraus zu sagen, hat damit weder öffentlichen Protest, offene Auseinandersetzung, laut vernehm-



Politik und Geist – gibt es beim biederen Bürgertum eine giftigere Mischung?

Z. P.

Kann der Wacker-Platz gerettet werden?

Kaum irgendwo wird der gesellschaftliche Zusammenhang zwischen Sport und kapitalistischem Wirtschaftssystem deutlicher als gerade im Spitzenfußball.

Spätestens Mitte der Sechzigerjahre wurde der interessierten Sportöffentlichkeit folgende Alternative präsentiert: Entweder reiner Amateurismus und damit internationale Bedeutungslosigkeit oder die Vollprofessionalisierung des Spitzenfußballs und damit die Kommerzialisierung der Fußballvereine zu „modernen Betrieben.“

Wohl war der Spitzensport schon vorher deutlich vom Breitensport abgehoben. Schon bei unterklassigen Vereinen gab es Hand- und Übertrittsgelder, Sponsoren, versteckte Halb- oder Vollprofi. Die Diskussion über die Reformierung des österreichischen Fußballs im Sinne der Umorganisation der Fußballvereine zu Unternehmen der Unterhaltungsbranche hatte freilich andere Ziele: Die Forcierung der totalen Kommerzialisierung des Sportes und dessen Nutzbarmachung für die Freizeitindustrie und die Fremdenverkehrswirtschaft. An der Rationalisierung und Reformierung des österreichischen Fußballes waren nicht nur die Sportler (die so gut wie überhaupt keinen realen Einfluß auf den Entscheidungsprozeß im Sportmanagement hatten und bis heute kaum haben) und Vereinsfunktionäre, sondern insbesondere die staatliche Verwaltung (Unterrichtsministerium) und die Sozialpartner (nicht zufällig ist heute mit Karl Sekanina ein zweifellos eher dem rechten Flügel der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung zuzählender Spitzenfunktionär Präsident des Österreichischen Fußballverbandes).

Das Schema der Reformen des österreichischen Fußballs gleicht den „Strukturereinigungen“ der kapitalistischen Wirtschaftsordnung: Mit der Forderung nach Konzentration der Vereine und nach Reduzierung der in den obersten Spielklassen spielberechtigten Vereinen

wurde die Rationalisierung vorangetrieben – mit den bekannten Resultaten: Wenige starke Vereine konnten überleben, die „freie Konkurrenz“ der Vereine im wirtschaftlichen Bereich führte zur Liquidierung der schwächeren.

Der einzige erstklassige Floridsdorfer Fußballverein, der FC Admira, wurde 1967 kurzerhand aus dem dortigen Arbeiterbezirk nach Niederösterreich verlegt, wo man gerade für Wiener Pendler die „Südstadt“ (Mariaenzersdorf) errichtete. Der FC Admira wurde von der NEWAG mehr oder minder eingekauft, in ein neues Stadion einquartiert und spielt seither unter Ausschluß der Öffentlichkeit (Zuschauerzahlen meist unter 1.000 zahlende Zuschauer). Der Floridsdorfer Fußballanhang hat seither keinen erstklassigen Verein mehr.

Ebenso erging es auch dem Wacker-Anhang in Meidling. Der Wacker-Wien, eine zumindest in der obersten Spielklasse spielende Mannschaft mit ruhmreicher Vergangenheit und traditionellem Arbeiteranhang kam 1970 unter die Räder der Reform. Vom Abstieg in die zweite Spielklasse bedroht – und damit vom Verlust der Sponsorengelder und den anderen größeren Förderungsbeiträgen – mußte Wacker das Handtuch werfen. Von der finanzstarken NEWAG eingekauft, fusionierte Wacker nach Mariaenzersdorf zur neo-niederösterreichischen Admira. Auch Meidling verlor seinen Fußballklub. Die „Reformer“ buchten es als „Sieg der wirtschaftlichen und sportlichen Vernunft.“

Seither liegt der Wacker-Platz brach. Die Eigentümer, zu 25% die Gemeinde Wien und zu 75% die gemeindeeigene Firma „Heimstätte“ hatten wenig Interesse an der Erhaltung des Sportplatzes, ebenso wie vorher an der Erhaltung des Sportvereins.

Unter diesem Vorzeichen müssen Vereine schon einmal einen Standortwechsel durchführen, wie ja auch Betriebe „gezwungen“ sind, ihre Fa-

briken dorthin zu verlagern, wo sie die größten „Geschenke“ in Form von Subventionen und Steuererleichterungen erhalten.

Fußball als noch immer beliebtester Publikumssport verhinderte freilich die typische Form kapitalistischer Konzentration: Die kleineren Vereine wurden nicht einfach durch Konkursverfahren liquidiert, sondern durch Fusionen beendet.

Zwei typische Beispiele: Die „Fusion“ des Fußballvereins Wacker Innsbruck mit dem SC Wattens verhalf ersterem zu Sponsorgeldern und jahrelanger führender Stellung im österreichischen Fußball, letzterem zur Vergessenheit. Noch deutlicher war das Beispiel der „Fusion“ des FK Austria Wien mit dem WAC: Um an die Sponsorgelder der „Anglo-Elementar“-Versicherung heranzukommen, beschlossen die Austria und der Zweitligist und Traditionsklub WAC eine „Spielgemeinschaft“. Lediglich ein einziger Spieler des WAC, der rechte Verteidiger Samer, kam je wieder zu Spielen in der Kampfmannschaft; der Traditionsklub WAC, ein alter Arbeiterklub, beendete seine Fußballsektion.

Die Konsequenz dieser Fusion, der eine weitere lange Liste angefügt werden könnte, ist deutlich absehbar: Die traditionelle Möglichkeit, bei entsprechendem Interesse bei einem Fußballverein regelmäßig Sport betreiben zu können, eröffnet sich für Sportbegeisterte erst gar nicht. Spätestens in der Pubertät entscheidet sich für junge Sportler der Weg, Berufsfußballer zu werden oder mit dem Kicken am besten ganz aufzuhören. Parallel mit der Kommerzialisierung des Spitzenfußballes (der sog. Kampfmannschaften) verkommt die „Nachwuchsförderung“ zur schärfsten Selektion schon in den Knabenmannschaften unter strengen Leistungskriterien. Die Vereine, die sich einen solchen Betrieb, der recht kostenaufwendig ist, nicht leisten können, werden geschluckt oder liquidiert (wie z.B. der Simmeringer Traditionsklub „FC Wien“).

Der Grund dafür liegt auf der Hand: Ganz triviale Bodenspekulation. Der Wackerplatz ist seit 1894 als Bauland gewidmet und mit seinen 11.000m² Bodenfläche runde 12 Mio. S wert. Die „Heimstätte“ plant die Errichtung von geförderten Eigentumswohnungen, die für ca. 1 Mio. S pro Wohnung an den Mann gebracht werden soll. Die Gemeinde Wien steuert zu diesem „uneigennütigen“ Vorhaben etwa 20 Mio. S Wohnbauförderung bei. Ein verlockendes Geschäft, fürwahr.

Jedoch scheint diese Rechnung nicht aufzugehen: Seit Monaten fordern Meidlinger, die eine „Bürgerinitiative Wacker-Platz“ gegründet haben, die Erhaltung dieses intakten Sportplatzes. Die Bürgerinitiative möchte eine Volksbefragung einleiten und sammelt Unterschriften. Insgesamt sind 60.000 Unterschriften dafür erforderlich, ca. 30.000 sind schon gesammelt. Zugleich versucht die Bürgerinitiative einen Sportklub auf die Beine zu stellen, der vorwiegend den Bedürfnissen des Breitensports entgegenkommt: Neben dem Fußball sollen andere Sportarten wie Volleyball, Leichtathletik und Turnen für alle Altersgruppen betrieben werden. Der Sportplatz soll der gesamten Bevölkerung als Spiel-, Sport- und Erholungsfläche erhalten werden. Geplanter Name: „WACKER SV 79.“

Den ersten Versuch startete der Wacker SV 79 bei einem Sportfest Ende Mai 1979. Kernstück des Festes ein Fußballturnier verschiedener Vergnügungsmannschaften. Die Beteiligung war groß. Zahlreiche Mannschaften mit Namen wie „Cosmos Meidling“ und Schülermannschaften spielten mit Freude am Sport, die Hälfte der Zuschauer spielte selbst mit. Ein überzeugender Beweis, daß gerade solche Sportstätten wichtiger sind als Prunkstadien.

Der Wackerplatz muß erhalten bleiben.

Ronny



Der Badestrand der FÖJ/BfS am Neufeldersee ist ein Erholungs- und Kommunikationszentrum in den Sommermonaten, das allen Freunden zur Verfügung steht.

In zehn Vierbettzelten kann man auch einen kurzen oder langen Urlaub verbringen, hygienische Anlagen, Abwasch etc. sind vorhanden.

Im Juli finden die bereits Tradition gewordenen Kinderturnusse statt. (Anmeldungen bei Renate, 1090 Wien, Belvedereg. 10, Tel.: 65-19-52.)

Am den Wochenenden gibt es Volleyballturniere in der Au. Den gewonnenen oder verlorenen Gspritzten kann man unter schattigen Bäumen gleich nebenan beim Wirt trinken, dessen Küche gut und nicht zu teuer ist.

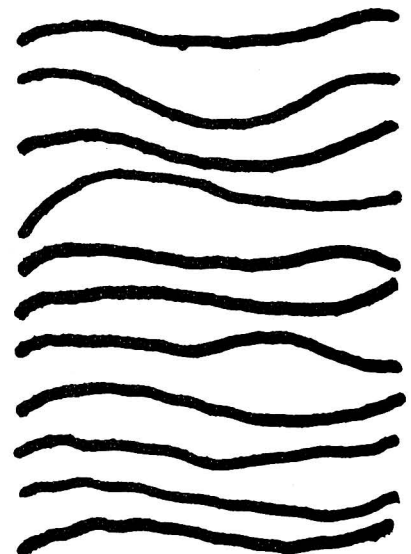
Am Abend gibt es dann manchmal ein richtiges Lagerfeuer am Wasser, Permanente Gelegenheiten zur politischen Diskussion und zum persönlichen Gespräch.

Und das Ganze zu einem geringen Unkosten-Beitrag.

Willkommen, bei uns am See!

Unterschriftenlisten für die Einleitung einer Volksbefragung zur Rettung des Wackerplatzes sind erhältlich bei

Bürgerinitiative Wacker-Platz
Tivoligasse 70/5
1120 Wien



„Sei nicht traurig, mein armer Kleiner, nun bist du ja bald beim lieben Himmelvater – da wird's dir besser gehen.“

Solche Sätze fallen mir ein, wenn ich lese, daß der Anwalt des Primarius Dr. Heinrich Gross, vor Gericht erzählt, daß sein Mandant „kranke Kinder auf dem Arm getragen und getröstet hat“. Warum solche schwarzen Gedanken? Dr. Gross ist heute einer der bekanntesten medizinischer Gerichtsgutachter Österreichs und Leiter einer Klinik. Wie schaut die Karriere solch eines Mannes, der über das Schicksal vieler Angeklagter mitentscheidet, aus? 1932 tritt er der Hitlerjugend bei, die damals verboten war. Dann kommt er zur SA und wird illegales NSDAP-Mitglied, studiert Medizin und wird vom Wehrdienst befreit als „für die Kanzlei des Führers unabkömmlich.“ Als Psychiater arbeitet er zuerst in der Klinik Ybbs. Dort erfährt er zum erstenmal, laut eigener Aussage, daß vom Naziregime geistig gestörte Kinder systematisch getötet werden (Euthanasie – Vernichtung von minderwertigem Leben; so hieß das damals) und läßt sich bald darauf nach Wien an die Klinik „Spiegelgrund“, eine Zweigstelle der Anstalt „Am Steinhof“, versetzen. Dort bleibt er mehrere Jahre. Zwischendurch meldet er sich freiwillig zur Front, wird aber nach wenigen Wochen als unabkömmlich (siehe oben) wieder zurückbeordnet. In der Zeit, in der Dr. Gross im „Spiegelgrund“ tätig ist, werden dort nachweislich mindestens dreihundert Kinder durch eine Überdosis des Schlafmittels Luminal, das in das Essen gemischt wurde, ermordet. In 238 Fällen unterschreibt Dr. Gross als diensthabender Arzt die Totenscheine – in denen natürlich als Todesursache etwas anderes steht.

1950 wurde Dr. Gross von einem österreichischen Gericht wegen „Beihilfe zum Totschlag“ zu zwei Jahren Kerker verurteilt. Dieser Schuldspruch wurde vom Obersten Gerichtshof unter merkwürdigen Umständen aufgehoben. Heute ist Dr. Gross, wie gesagt, nicht nur Primarius, sondern der meistbeschäftigte Gerichtspsychiater. Ende Mai stand er in einer neuen Rolle vor Gericht – als Kläger! Er klagte Dr. Werner Vogt von der „Kritischen Medizin“ als Verantwortlichen eines Flugblattes auf „üble Nachrede“. Das Flugblatt zeigte auf, daß Dr. Gross, der in Salzburg bei einem Kongress die Stirn hatte, über „Tötungsdelikte von Geisteskranken“ zu referieren, in der Nazizeit selbst an der Tötung geisteskranker Kinder mitbeteiligt war und stützte sich dabei auf Berichte in österreichischen Zeitungen. Beim Pro-

zeß gegen Dr. Vogt sagte Dr. Gross, Zeuge und Kläger in einer Person, aus, daß er von nichts wußte und weder unmittelbar, noch mittelbar Handlungen setzte, die zum Tod eines Kindes führen konnten. Sein Anwalt Dr. Peter Stern, der ihm diese Aussage in den Mund legte, schämte sich dann nicht, oben zitierte Rührgeschichte zu erzählen. Die Verhandlung wurde zur Ladung von Zeugen auf unbestimmte Zeit vertagt. Es ist zum Grausen, welche Frechheiten sich die alten Nazis in Österreich wieder erlauben können.

Dr. Gross ist nicht der Einzige.

Ein heiliger Entschluß

Ob Herr Ingomar Pust ein alter oder ein neuer Nazi ist, weiß ich allerdings nicht. Ich weiß nur, was er am 16. Mai 1979 in der „Volkszeitung“, (Tageszeitung der ÖVP für Kärnten und Osttirol!), unter der Überschrift „Stumm über Kreta“ schrieb. Einige Kostproben: „In der deutschen Fallschirmtruppe manifestiert sich das Feuer der Hitler-Jugend.“ (Offensichtlich nicht nur in der Fallschirmtruppe, sondern auch bei großdeutschen Psychiatern.) Doch lesen wir weiter, was die „Volkszeitung“ zu berichten hat:

„In ihr (der Fallschirmtruppe) verkörperte sich am glühendsten der teutonische Revanchegedanke für die Niederlage von 1918. Diese tapferen, großartig trainierten und unbedingt zuverlässigen Nazi-Fallschirmjäger stellten die Blüte des deutschen Nachwuchses dar.“ Ob da nicht etwas Enttäuschung über die geringen Kampferfolge der ÖVP-Ranger mitspielt? Aber letztlich haben die meisten Fallschirmjäger dieses großartige Abenteuer Krieg mit dem Leben bezahlt, also versucht Herr Pust auch noch daraus das Beste zu machen. „Ihr Leben am Altar des deutschen Ruhmes und der deutschen Weltbeherrschung niederzulegen war ihr heiliger Entschluß“ Wem es da nicht den Magen umdreht, der hat keinen. Ob Taus und Busek, die beiden humanistischen Demokraten, einen haben?

alltägliche geschichten

Weniger Verbote – mehr Spiel- und Lebensraum!

Wien – ob's anderswo in Österreich besser ist, bezweifle ich – ist anscheinend in Europa führend im Wettbewerb: Was alles verboten bzw. was alles genehmigungspflichtig ist. Was oft auf das Gleiche hinauskommt, denn viele der Genehmigungen sind so „leicht“ zu bekommen, daß sie einem Verbot gleichkommen. Natürlich sind Verbote und Genehmigungen notwendig, daß aber kein Mißverständnis aufkommt: hier geht's nicht um Bauspekulanten, Abbruchspezialisten, Konzerne und Geschäftemacher die sich über Arbeitsgesetze, Kartellverbote, Preisvorschriften, Umweltschutzgesetze und Sicherheitsbestimmungen hinwegsetzen – hier geht's um in der Wiese liegen und spielen, ums Blumenpflücken (keine seltenen), ums Singen und Musizieren auf öffentlichen Plätzen, ums spielen auf Spielplätzen von „unbefugten Kindern, ums Sitzen und Plaudern vorm Haus und ähnliches. Wien ist eine der letzten Städte Europas, in der es verboten ist, in den Grünflächen der Parks zu liegen, in der man für jedes Lied, das man außerhalb seiner Wohnung singt, eine Genehmigung braucht; und das führt dann zum viel diskutierten gestörten Verhältnis der Bürger (vor allem der Jungen) zur Verwaltung, zur Polizei.

Burggartenkriegsspiele

Im letzten OL berichteten wir über einen Großeinsatz der Polizei gegen Jugendliche, die im Burggarten durch In-der-Wiese-liegen und Gedichte-aufsagen, die öffentliche Ordnung gestört haben. Sechs Einsatzwagen und zwei Arrestantefahrzeuge natürlich nebst Besatzung wurden aufgeboden und etwa zehn Verurteilungen ausgesprochen. Zwei Wochen später, am 7. Mai wiederholte sich das lustige Jugendtreiben (nicht sie hat es getrieben, sie wurde getrieben); wieder unter Einsatz mehrerer

Kommandos unserer Freunde und Helfer. Ausgelöst wurde die Aktion durch ein Gänseblümchen pflückendes 16-jähriges Mädchen. Es wurde festgenommen, abgeführt, stundenlang verhört und festgehalten, mußte sich nackt ausziehen und wurde natürlich nicht geschlagen: die Verletzungen an der Stirn hat sie sich beim „Stolpern“ selbst zugefügt. (So was kommt ja in letzter Zeit ziemlich häufig vor. Unlängst hat sich einer am Rücksitz einer Funkstreife solange selbst hin- und hergeworfen, bis er krankenhausreif war – stellte ein Gericht fest).

Im Gänseblümchenfall kam der Zufall zu Hilfe. Am nächsten Tag im TV-Club 2 bekam die Mutter des Mädchens die Möglichkeit, den Fall der Öffentlichkeit zu schildern. Prompt gab es Reaktionen. Angeblich schaltete sich Präsident Reidinger selbst ein und verteilte Rügen an seine Beamten. Jedenfalls wurde von einer Anzeige wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt Abstand genommen – nachdem das Mädchen sich erinnerte, daß es doch nicht geschlagen wurde. Sogar von einer Entschuldigung war die Rede. Eine Presseaussendung der Polizei meinte sogar, daß die Beamten gar keine Lust hätten, gegen Rasenbenützer einzuschreiten. Nur eine veraltete Parkordnung zwingt sie dazu, wenn sich ältere Leute beschweren und darauf berufen. Ein Verantwortlicher der Parkverwaltung ließ daraufhin die Presse wissen, daß man wegen der ungünstigen Klimalage (der Rasen bekommt weniger Feuchtigkeit wie z.B. in England, wo das Liegen im Gras erlaubt ist und wird daher schneller kaputt) die Parkordnung nicht ändern kann. Ich meine, so einen Blödsinn noch nie gehört zu haben. Gebt den Rasen frei! Wäre das nicht eine schöne Sommer-79-Forderung?

Eisen und eine Sandkiste ohne Sand, dafür mit Hundescheiße. Die klugen, mutigen und gelenkigen Kinder der Großfeldsiedlung, zumindest ein Teil davon, machten nun einigemal, meist am Wochenende, das einzig Vernünftige: sie kletterten über den Zaun und spielten auf dem schönen Spielplatz. Anfangs Mai kamen plötzlich mehrere Funkstreifen und vertrieben die Kinder aus dem Paradies. Nachdem die Eltern ausgeforscht und entsprechend beredet wurden, doch auf ihre Kinder mehr aufzupassen, spielen diese jetzt wieder neben der Wiese mit Beton und Hundescheiße. Sie waren eben nicht berechtigt, den Spielplatz zu benutzen.

Der Schuldirektor, der auch in der Siedlung wohnt, brüstet sich übrigens damit, daß in seinem Wohnblock die Kinder besonders ruhig und brav sind. Weil er nämlich, immer wenn ihn ein Kind stört, persönlich zu den Eltern geht, um sie zu ermahnen; wie er sich auszudrücken beliebt. Ich meine: weil er den Eltern mit Schwierigkeiten ihrer Kinder in der Schule droht, wenn sie diese nicht gehörig unter Druck setzen.

MA 35: Gebrauchsgenehmigungen für Verkehrsflächen

Wenn eine Hausgemeinschaft, ein Stadtteilzentrum oder ein Klub einen Teil einer Fußgängerzone, die vor ihrem Haus liegt, das Einverständnis der umliegenden Bewohner vorausgesetzt, an einem Sonntag für einige Stunden am Nachmittag für ein geselliges Beisammensein mit Musik (ohne Verstärker) und Bastelaktionen, sowie vielleicht

zwei Tischen und Stühlen, benützen will, so hat es den selben Amtsweg zu beschreiten wie ein Gasthaus, das einen fixen Schanigarten am Gehsteig einer Straße installieren will.

1. Eingabe, begründet und mit Plan, an die im Titel genannte Magistratsabteilung.
2. 3 bis 5 Wochen warten.
3. Dann gibt's eine Verhandlung an Ort und Stelle, zu der eine Kommission erscheint. Die besteht aus je einem Vertreter der MA 35, der MA 28, einer weiteren MA, deren Nummer ich vergessen habe, der Bezirksvorstehung, des Verkehrsamtes und des Polizeikommissariats. Dies alles ist natürlich gebührenpflichtig.
4. Bei der MA 7 die geplante Geselligkeit anmelden (natürlich auch gebührenpflichtig) und extra pro m² benützter Fläche einen bestimmten Betrag Vergnügungssteuer entrichten. Der m²-Betrag ist gering, aber er leppert sich.
5. Eine Woche warten, bis der Bescheid kommt.

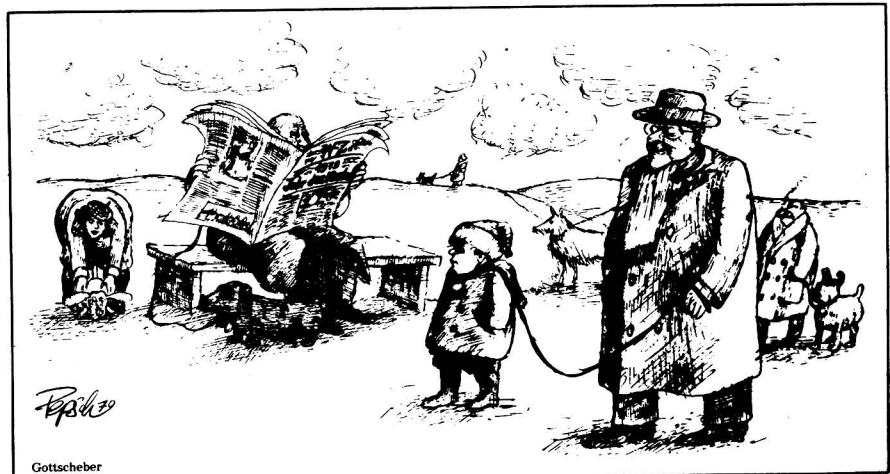
Wenn es dann an diesem Tag regnet, dann hat man eben Pech gehabt. Allerdings kann man das gemütliche Beisammensein auf einen Sonntag in 5-6 Wochen verschieben, denn solange dauert es nämlich jedesmal, und eine Dauererlaubnis gibt es nur für Geschäftsleute.

Versteht ihr jetzt, warum ich sage, daß die Genehmigungspflicht oft einem Verbot gleichkommt?

Herbert Brunner

Unberechtigte Kinder

In der Großfeldsiedlung gibts eine Schule der Stadt Wien, die, da sie auch eine Vorschulklasse führt, über einen Spielplatz für kleine Kinder verfügt. Eine schöne große Fläche mit saftigem Gras und in der Mitte eine Spielkiste mit feinem weißen Sand gefüllt. Rundherum ein Drahtzaun mit einer versperrten Eisentür. Der Spielplatz darf nur von den Vorschulkindern gemeinsam mit einer Lehrperson während der Schulzeit benützt werden. In der Praxis kaum eine Stunde am Tag und das nur bei Schönwetter. Daneben liegt der öffentliche Kinderspielplatz der Gemeinde – Beton,



betrifft:

rechtsstaat

Bei Zivilrechtssachen zwischen den Parteien ist es selbstverständlich: Die unterlegene Partei hat für die Prozeßkosten auch der Gegenseite aufzukommen. Das Rechtsprinzip ist klar: Kein Bürger, der zur Durchsetzung seines Rechtsanspruchs die Hilfe des Gerichtes in Anspruch nehmen muß, darf dadurch finanziell geschädigt werden. Beim Strafprozeß aber ist alles ganz anders: Auch der zu Unrecht beklagte Bürger (was mit dem Freispruch ja erwiesen ist) hat seine Anwaltskosten selbst zu tragen – im Regelfall jedenfalls. Er ist damit allein schon genug bestraft, und zwar allein für den Umstand, daß ihn die Staatsanwaltschaft für verfolgungswürdig hält.

Justizminister Dr. Broda hat als eines seiner zentralen Anliegen für die kommende Legislaturperiode die Beendigung dieses seltsamen Zustandes benannt – bei Freisprüchen in Strafverfahren soll künftig der Staat die Verteidigungskosten decken. Wie nötig dies ist, schildert der folgende Fall.

Gibt es "Freispruch"?

Ein Wiener Künstler lernt in einem entsprechenden Beisel einen jungen Mann kennen, der sich ihm als kunstverständiger Fotograf vorstellt. Die beiden plaudern über Kunst und Kultur, der Abend dauert lang, am Ende stellt sich heraus, daß der Fotograf an der Peripherie wohnt und deshalb seinen in der Nähe wohnenden neuen Bekannten ersucht, ihn bei sich nächtigen zu lassen.

Günter Hartmann* hat zunächst nichts dagegen. Die Fälle häufen sich jedoch, wo Karl Müller* den zentralen Wohnraum Hartmanns auszunützen versucht. Hartmann versucht, den Kontakt zu reduzieren, zumal er in den Lokalen, in denen er verkehrt, die Entdeckung macht, daß Müller dort bekannt, aber eher unbeliebt ist.

Müller gelingt es jedoch immer wieder, die Hilfsbereitschaft Hartmanns auszunützen. Obwohl ihm letzterer immer deutlicher zu verstehen gibt, daß er von Müller in Ruhe gelassen zu werden wünscht, gelingt es Müller doch, im Zeitraum von 2 Monaten fünf oder sechsmal bei Hartmann zu übernachten.

Im Zuge eines Lokalbummels, während dem von jedem ca. 2 Liter Wein in 5 oder 6 verschiedenen Lokalen konsumiert wird, wird Müller auf Grund seines störenden Verhaltens aus einem Lokal geworfen. Schon vorher hatte Hartmann Müller gebeten, doch an einem anderen Tisch als dem seinen Platz zu nehmen, was auch geschah. Nachdem Müller gegen Mitternacht aus dem Lokal gewiesen wurde, bleibt Hartmann noch bis gegen 2 Uhr morgens, froh darüber, Müller los geworden zu sein.

Als Hartmann das Lokal verläßt, ist er überzeugt, den aufdringlichen Bekannten fürs erste vergessen zu können und begibt sich auf den Heimweg. Zwei Ecken weiter aber wartet Müller und bittet ihn um Logis. Hartmann lehnt ab. Müller möchte ihm wenigstens noch etwas zeigen: Er zieht den schon alkoholisierten Hartmann vor ein naheliegendes Geschäft, wo er während der Wartezeit die Scheibe erbrochen hatte, und zieht aus seiner Manteltasche eine Fotokamera, die er dort entwendet hatte. Die wolle er ihm schenken, wenn er ihn noch eine Nacht schlafen lassen würde.

Hartmann lehnt ab, entrüstet und möchte gehen. Müller hält ihn zurück und spricht auf ihn ein. Der Disput wird heftiger, und so werden die beiden schließlich etwa 70 m vom Geschäftslokal von einer Zivilstreife aufgegriffen.

Bei seiner Einvernahme auf dem Kommissariat gibt Müller alles zu („in einem aggressiven Tonfall“), auf die Frage nach der Beteiligung Hartmanns antwortete er, er sei kein „Wamser“ und wolle im übrigen schlafen. Hartmann berichtete im wesentlichen den Ablauf des Abends und betont, mit dem Einbruch nichts zu tun zu haben.

Zunächst werden beide in U-Haft gehalten, der unbescholtene Hartmann darf schließlich nach Hause und wird auf freiem Fuß angezeigt.

Anklageerhebung – Problem nur für den Angeklagten

An Verdachtsmomenten gegen Hartmann bleibt schließlich wenig über: Die Zeugin, die Hartmann als möglichen Täter „identifiziert“, kennt Hartmann. Sie will ihn dennoch zum Tatzeitpunkt selbst wohl beim Geschäft gesehen, aber zunächst nicht erkannt haben, weil sie ihn nur von hinten gesehen habe. Einen zweiten Beteiligten will sie nicht wahrgenommen haben, obwohl Müller schon auf Grund seiner Handverletzung eindeutig derjenige gewesen sein muß, der die Scheibe eingeschlagen hat.

Die Polizei selbst schließlich verdächtigt Hartmann, er habe sich im Gespräch für die Beamten sichtbehindernd vor Müller gestellt, damit dieser angesichts der Polizei die Kamera noch schnell verstecken könne. Für seine Beteiligung spräche im übrigen, daß Müller erklärt habe, er sei kein „Wamser.“ Jedoch:

Kunst und Kadi

Sowohl aus der Sachverhaltsdarstellung der Polizei als auch übrigens aus deren späterer Zeugenaussage geht einwandfrei hervor, daß Hartmann mit dem Rücken zur Hausmauer stand und Müller derjenige war, der straßenseitig ging.

Bei der Hausdurchsuchung findet die Polizei schließlich noch ein beschädigtes Verkehrsschild und eine Warnleuchte – ersteres verjährt, weil es vor zwölf Jahren herrenlos am Straßenrand aufgefunden wurde, letzteres Teil eines Wegwerfgutes des Vormieters.

Dennoch, für den Staatsanwalt reicht das dürftige Material zur Anklageerhebung.

Freispruch – Teuer erkauft

Weiterhin auf die Justiz vertrauend, wendet sich Hartmann noch immer an keinen Anwalt. Er erhebt Einspruch gegen die Anklageschrift, verlangt die genaue Überprüfung der von ihm angegebenen Beweismittel und Einstellung des Verfahrens gegen ihn. Wegen eines Formfehlers wird der Einspruch abgelehnt.

Die Hauptverhandlung endet mit Freispruch; jedoch mit einem kleinen Schönheitsfehler: Zum Schutz des Angeklagten sieht die österreichische Strafprozeßordnung bei den meisten Strafprozessen Anwaltpflicht vor. Anwälte wiederum sind verpflichtet, nach den autonomen Richtlinien der Rechtsanwaltskammer die Honorare zu berechnen.

Der Freispruch kostete den Angeklagten Hartmann mithin (inkl. Aktenabschrift, 2 Verhandlungen, 1 Beweis Antrag und 1 Vertagung) insgesamt S 56.258,56. Und dies immerhin bei einem Prozeß, der nur eine Instanz durchlief (der Staatsanwalt verzichtete auf eine Berufung) und indem ein Anwalt erst eingeschaltet wurde, als es unumgänglich war.

Ein Beispiel für viele

Der geschilderte Fall ist kein Einzelfall. In einem in dieser Kolumne dargestellten Fall wurde ein mir bekannter Angeklagter freigesprochen – ein Angeklagter, gegen den ebenfalls Anklage nur erhoben wurde, weil die Behörden nicht ausreichend recherchierten. Die Konsequenz ist zumeist drastische Einschränkung der Persönlichkeit, wenn auch nicht direkt durch den „klassischen Freiheitsentzug.“ In jenem Verfahren waren nach dem Freispruch vom Angeklagten mehr als S 30.000,- an den Verteidiger zu bezahlen; der Betroffene mußte sein Studium abbrechen, um die Kosten zu begleichen. Er hat bis heute nicht abgeschlossen.

Man kann mit Recht behaupten, es gäbe bis heute in Österreich keine Freisprüche. Es wäre an der Zeit, sie zu schaffen.

Ronny Pohoryles

Im März 1978 hatte der Wiener akademische Maler Linthaler anlässlich einer Ausstellung an der Universität für Bildungswissenschaft in Klagenfurt eine Grafik ausgestellt, die in subtiler Form auf den Zusammenhang und das Zusammenspiel zwischen Reaktion und Terrorismus hinweisen sollte.

Die Grafik enthielt eine Fotomontage des entführten und ermordeten deutschen Industriellenpräsidenten Hans-Martin Schleyer mit einer Schiebscheibe in der Hand auf der mit einem altertümlich stilisierten Schriftband der Text zu lesen stand: „Auf ihr Schützen nah und fern, heute ziagn mas wieda gegn d'Herren!“ Die Form der Darstellung sollte die abstruse, überholte Denkwelt der Terroristen charakterisieren, sollte belegen, „daß sich extreme politische gegen die Existenz von Menschen gerichtete Haltungen im linken Bereich (. . .) und im rechten Bereich (. . .) in einem tödlichen Punkt – dem politischen Mord – vereinigen können (Linthaler in einer Presseausendung).

Im damaligen Klima konnte das Kunstwerk mißverstanden werden – und wurde auch prompt mißverstanden. Die Originalgrafik verschwand noch während der Ausstellung und konnte bis heute nicht wiedergefunden werden. Tags darauf begann die Kärntner Ausgabe der „Kleinen Zeitung“ mit einer regelrechten Kampagne gegen Linthaler, ohnen diesem auch nur die Chance auf Darstellung seiner Sichtweise zu geben. Bis zum heutigen Tag hielt es kein Reporter der „Kleinen Zeitung“ für Wert, Herrn Linthaler zu seiner Grafik zu befragen.

Resultat: Die Staatsanwaltschaft Klagenfurt erstattete Anzeige gegen Linthaler wegen § 282 Abs. 2 StGB (Gutheißung mit Strafe bedrohter Handlungen, Strafausmaß für dieses Delikt: Bis zu zwei Jahre Gefängnis). Darüber hinaus wurde der Künstlerkooperative in deren Zusammenhang Herr Linthaler stand (Gruppe „Kunst-Werke“) die Förderung des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst entzogen.

Der Prozeß wurde auf Grund eines Delegationantrages des (krankheits halber abwesenden) Angeklagten vertagt. Wir werden über den Prozeß weiter berichten.

R.P.



Was ist ein Glimpf?

Plakate der FDGÖ* beschlagnahmt

. . . und zähneknirschend stand der Staatsanwalt vor unseren Bildern . . . und im Grunde sind sie nun doch wirklich grundordentlich. Sie waren gerade auf der Durchreise von Wien nach Berlin an der Grenze in Passau angelangt. Sie kamen zusammen mit der kompletten Ausstellung des Plakatwettbewerbs zum Russel-Tribunal, die vorher in Wien im Ammerlinghaus gezeigt wurde.

Die bayrischen Hüter des Glimpfs (verunglimpfen-glimpfen-der Glimpf der Unglimpf) schienen einen solchen Gefallen an unseren Produkten zu finden, daß sie gleich 7 verschiedene Motive haben wollten und dies gleich in größerer Auflage. Alles worauf irgendein Polizist zu sehen war, wurde einzugswürdig: insgesamt 448 Plakate und 126 Postkarten, Verdacht auf Verunglimpfung!

Bislang hatte es nie Einwände gegen die Plakate und deren Veröffentlichung gegeben. So auch nicht im Ammerlinghaus wo wir zwar kurz von der österreichischen Stapo beäugt und gefragt wurden „quo vadis“, d.h.: quo wir herkommen und warum wir da sind, aber sonst nichts. Im Freistaate Bayern jedoch scheint das anders zu laufen. Bleibt abzuwarten wie sich die preussischen Hüter des Glimpfs, von der staatlichen Anwaltschaft, verhalten werden, wenn die „heiße Ware“ in Berlin eintrifft. Hier ist man doch noch etwas belämmert wegen der Reaktion der Medien auf den AGIT-Drucker Prozeß und die Urteile. Vielleicht kommt noch der Tag wo es nicht nur strafbar ist etwas abzudrucken, sondern auch es zu lesen. Und das ist ja auch bei dieser bavarischen Beschlagnahmeaktion der springende Punkt, daß nämlich derjenige, der die Plakate im Auto transportierte (unter Umständen) angeklagt wird.

* Foto, Druck, Gestaltung, Öffentlichkeitsarbeit. Westberliner Kollektiv, das alternativ arbeitet und Materialien zur Unterstützung der linken undogmatischen Öffentlichkeitsarbeit produziert.

Zur Zeit hängen alle unserer Plakate auf dem Stand der FDGÖ auf der „Freien Berliner Kunstausstellung“ im neueröffneten ICC, also eine Ausstellung, die vom Senat unterstützt wird! Einmal allerdings wurde von zwei zivilen Hütern das Plakat mit dem Tod von einer Ausstellung mitgenommen und zur Begutachtung vorgelegt, leider ohne konkreten Erfolg . . . vielleicht schaffen wir es diesmal, daß unser langersehnter Wunsch in Erfüllung

geht: endlich den hochdotierten Auftrag des Innensensors zu bekommen, die Polizeiwerbung zu gestalten!

Auch am ersten Mai haben wir uns verstärkt um diesen Auftrag bemüht und unsere Plakate mit der Forderung „Arbeit für alle“, zur Schau gestellt, leider ohne Erfolg. Ab dem zweiten Mai kämpfen wir wieder weiter mit der Losung: Seid furchtbar und wehret euch!



Mehr Konflikte statt Frieden

Am 17. April begannen in Rhodesien Wahlen, die erstmals zu einer schwarzen Mehrheitsregierung geführt haben. Nicht beteiligt daran waren die in der Patriotischen Front zusammengeschlossenen ZANU und ZAPU. Sie wandten sich von Beginn weg gegen die von Smith zusammen mit Muzorewa, Sithole und Chirau angestrebte „interne Lösung“. Das führte seit einem Jahr zu einer Verschärfung der gewaltsamen Auseinandersetzung. 80 Prozent des Landes steht unter Kriegsrecht. Die Wahlen wickeln sich somit unter ungewöhnlichen Verhältnissen ab. Die Einschüchterung der Bevölkerung ist groß. Auch das Elend mit drohenden Hungersnöten weitet sich aus.

Der Urnengang ist Teil der im März vergangenen Jahres beschlossenen „internen Lösung“. Smith einigte sich damals mit den schwarzen Führern Bischof Abel T. Muzorewa, Pfarrer Ndabaningi Sithole und Häuptling Chirau auf eine Verfassung, die im Januar dieses Jahres von der weißen Bevölkerungsminderheit gutgeheißen wurde. Die schwarze Bevölkerungsmehrheit wurde jedoch nicht befragt. Die Verfassung sichert den Weißen mit einem Bevölkerungsanteil von 4 Prozent 28 Sitze im hundertköpfigen Parlament zu. Dadurch erhält die Stimme eines Weißen neun Mal so viel Gewicht wie die eines Schwarzen. Die Verfassung sieht zudem vor, daß die Verwaltung, das Polizeiwesen, die Armee und die Justiz in ihrer Form und Zusammensetzung erhalten bleiben müssen. Damit wird die Vorherrschaft der weißen Minderheit in den wichtigsten staatlichen Bereichen aufrechterhalten.

Ziele der „internen Lösung“ nicht erreicht

Auch das zweite Ziel der „internen Lösung“, die internationale Anerkennung der ersten Regierung von Zimbabwe-Rhodesien und die daraus resultierende Aufhebung der Wirtschaftssanktionen werden Smith und seine Anhänger nicht erreichen.

Die fünf Frontstaaten (Angola, Botswana, Mozambik, Tanzania und Sambia) haben schon vor Monaten ihre Opposition gegen den „Ausverkauf“ der Unabhängigkeit angekündigt. Von den meisten übrigen afrikanischen Staaten ist das Gleiche zu erwarten. Aufschluß-

reich ist in diesem Zusammenhang eine kürzlich in Senegal erfolgte Unterredung zwischen dessen Präsidenten Senghor und dem Ko-Präsidenten der Patriotischen Front Joshua Nkomo. Senghor kündigte die Unterstützung für Flüchtlinge aus Zimbabwe an und gab Nkomo die Zusage für die Eröffnung einer Vertretung in Senegals Hauptstadt Dakar. Nkomo wurde kurz darauf auch vom Präsidenten der Elfenbeinküste, Houphouët-Boigny in Abidjan empfangen. Es kann auch erwartet werden, daß die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) die Regierung von Rhodesien-Zimbabwe nicht anerkennen wird.

Der britische Außenminister Dr. David

Owen hat angekündigt, daß durch die Wahlen keine Veränderung des völkerrechtlichen Status Rhodesiens zu erwarten sei. Eine Anerkennung der neuen Regierung durch Großbritannien ist somit nicht zu erwarten. Dem Beispiel Großbritanniens dürften auch die Staaten der Europäischen Gemeinschaft folgen.

Umstritten dürfte die Frage der Anerkennung in den USA sein. Eine Delegation von Beobachtern aus beiden politischen Parteien verfolgt den Wahlkampf in Rhodesien und eine einflußreiche Lobby drängt in Washington darauf, die Frage der Anerkennung Rhodesiens im amerikanischen Kongreß zur Abstimmung zu bringen. Die Regierung Carter kann es sich aber kaum leisten,



Zimbabwe-Rhodesien anzuerkennen und müßte gegenüber einer allfälligen Unterstützung Rhodesiens durch den Senat das Veto ergreifen.

Wie wird sich Südafrika verhalten? Nach der einseitigen Unabhängigkeitserklärung Ian Smiths hat Pretoria die Regierung in Salisbury zwar nicht rechtlich, wohl aber faktisch anerkannt. Es ist denkbar, daß Südafrika nach dem 20. April mit der Regierung Muzorewa oder Sithole diplomatische Beziehungen aufnehmen wird. In Wirklichkeit würde ein solcher Schritt keine Veränderungen bringen. Nach wie vor würde Südafrika die Regierung Rhodesiens, mit oder ohne Zimbabwe, mit wirtschaftlicher und militärischer Hilfe am Leben erhalten.

Somit ist anzunehmen, daß die erste mehrheitlich schwarze, aber von Weißen manipulierte Regierung Rhodesiens von ihren Vorfahren und Verbündeten, der Regierung Smith, auch das Stigma der Illegalität erben wird.

Elend breitet sich aus

Die Wahlen haben somit die Probleme des Konfliktes nicht gelöst. Vielmehr muß befürchtet werden, daß die Gewalt sich weiter ausbreiten wird. Damit wird sich auch die Lage der Bevölkerung weiter verschlechtern, die bereits heute stark unter den Kriegsfolgen zu leiden hat. Die Wirtschaftskrise wird überall im Lande spürbar. Die Abwanderung von Facharbeitern bereitet der Industrie große Schwierigkeiten. Fast ein Drittel des gesamten weißen Farmlandes liegt brach. Verschärft wird die Lage durch die stark steigenden Kriegskosten, die im laufenden Finanzjahr 56 Prozent der Staatseinnahmen ausmachen.

Am stärksten betroffen von der Wirtschaftskrise wird die afrikanische Bevölkerung in den ländlichen Gebieten. Weite Teile des Bodens sind verwüstet. Die Sicherheitskräfte schüchtern die Schwarzen ein, indem sie ihnen das Vieh und Bargeld beschlagnahmen. Nahrungsvorräte und ganze Dörfer zerstören. Die Nahrungsproduktion kam zum Teil zum Erliegen. Die Administration der Regierung ist in diesen Gebieten zusammengebrochen: Eine große Zahl von Schulen und Spitälern wurde geschlossen. Nur vier der 50 Ärzte, die einst auf dem Land arbeiteten, sind auf ihren Posten geblieben. Damit sind 70 Prozent der afrikanischen Bevölkerung ohne ärztliche Betreuung. Um dem sich ausbreitendem Elend zu entgehen, flohen viele aus den ländlichen Gebieten. Über 150 000 rhodesische Flüchtlinge leben heute in den benachbarten Staaten und noch mehr Menschen zogen in die städtischen Regionen des Landes.

IDW

SU/südliches afrika

Die Sowjetunion und das südliche Afrika

Die Sowjetunion beschwört nicht nur, die von der UNO erlassenen Boykottmaßnahmen gegen die rassistischen Siedlerregime strikt und ausnahmslos zu befolgen, den permanenten Bruch der internationalen Wirtschafts- und Handelsembargos gegen Rhodesien und Namibia, sowie des auf der UNO-Vollversammlung 1977 beschlossenen Militärembargos gegen Südafrika durch die NATO-Staaten nutzt sie vor allem zu lautstarken Propagandaaktionen.

Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Auch die UdSSR hält sich nicht an die internationalen Beschlüsse. Wir wollen diesen Tatbestand nicht überbewerten, so als ob die Sowjetunion direkt auf die Siedlerregime setzen wollte. Dies ist nicht der Fall. Auch mögen einige durch die Weltpresse gegangene Fälle von den großen westlichen Blockadebrechern lanciert worden sein, um die Kritik an ihnen zu neutralisieren. Der Bruch der Beschlüsse der Sowjetunion ist dennoch Fakt.

Rhodesien

1966, 1968 und 1970 erließ die UNO bindende wirtschaftliche und militärische Sanktionen gegen Rhodesien. Aus geheimen Sitzungen des Überwachungs-ausschusses der UNO über die Boykottbeschlüsse drang anfangs 1977 an die Öffentlichkeit, daß die UdSSR über die rhodesische Firma „Michelle Enterprises, Lts“ von Rhodesien Tabak kaufte und nach Rhodesien Chemikalien lieferte. Dabei waren speziell eingerichtete Briefkastenfirmen in Genf (Comaisa, Tabatrade und Contrex) zwischengeschaltet. Der rhodesische Tabak wurde als amerikanische Markenartikel Pall Mall, Lucky Strike und Chesterfield getarnt. Weiter bezogen sowjetische und bulgarische Gemischtwarenimportgesellschaften über die Genfer Firma „Intrabex“ rhodesischen Tabak. Die DDR - Firma Carl-Zeiss, wissenschaftliche Geräte, wurde sogar von einem Londoner Gericht wegen des Vergehens gegen das Embargo zu einer Strafe in der Höhe von 10.000 Pfund Sterling verurteilt.

Am 2. Februar 1973 verabschiedete der UNO-Sicherheitsrat eine Resolution, in der Sambia gelobt wird, trotz besonders großer Opfer die Boykottbeschlüsse einzuhalten. Alle Ratsmitglieder stimmten für diese Resolution. Nur die Sowjetunion enthielt sich der Stimme, um sich der Verpflichtung zu entziehen, Sambia für die erlittenen Einbußen finanziell zu unterstützen.

Namibia

Vor der Küste Namibias ist die sowjetische Fischfangflotte die größte. Sie versteckt sich hier wie Kuba, Polen und Bulgarien hinter der *Gemeinschaft der Südostlantik-Fischer* bei der sie Mitglied ist.

Schon 1974 zeigte sich die südafrikanische Regierung über den Umfang der Fischerei außerhalb ihrer damaligen Meereswirtschaftszone besorgt und erweiterte diese inzwischen auch auf 200 Seemeilen. 1978 berichteten Zeitungen in Namibia, daß wegen der Überfischung die Fangmengen erheblich zurückgegangen seien und daß dieser Trend auch 1978 anhielte.

Die Sowjetunion kaufte auch das wichtigste landwirtschaftliche Exportprodukt Namibias, Karakulwolle. 1970 war sie der drittgrößte Abnehmer nach der BRD und Dänemark. Die UdSSR benötigt diesen Luxusartikel kaum selbst, ist sie doch selbst einer der größten Exporteure von Karakulwolle.

Südafrika

1976 wurde berichtet, daß in Südafrika Gewehre aus der Sowjetunion und Jagdgewehre aus der Tschechoslowakei Verkaufsschlager seien. Im folgenden Jahr besuchte eine hochrangige polnische Delegation Südafrika, um unter anderem die Technologie eines Kohle-Amoniakkomplexes (Herstellung von Benzin und Kohle) kennenzulernen.

Die Sowjetunion verkauft auch die Hälfte ihrer Diamantenproduktion an die Südafrikanische *De Beers*, die 40% des Weltdiamantenmarktes kontrolliert. Als De Beers vor knapp einem Jahr die Diamantenpreise erhöhte, schrieb *Business Week*: „De Beers erhöht die Preise für Rohdiamanten, um in der Lage zu sein, Gewinne an die Russen abzuführen, von denen die meisten Diamanten stammen.“ Nikolai Neiland, Vertreter der sowjetischen Novoste Presseagentur in Stockholm erklärte daraufhin einem Journalisten, der ihn fragte, ob das nicht Handel mit dem Rassenregime bedeute. De Beers sei doch eine multinationale Gesellschaft!

Zola Sonkosi

Unabhängigkeit für den Tschad

Nicht jeder Befreiungskampf in der Dritten Welt hat sich die Aufmerksamkeit der linken Öffentlichkeit erworben. Wo die Unterstützung durch „progressistische“ Staaten oder den Ostblock fehlt, und wen das Netz der KPs aus der Propaganda fallen läßt, gerät praktisch ins vergessen. So geschieht es den Eritreern heute, so war es schon lange der Fall im Tschad.

Am 16. März dieses Jahres kam es im Tschad unter dem Druck der Nachbarstaaten Lybien und Nigeria zu einem Kompromiß zwischen den isolierten, aber nicht besiegten Regierungskräften und den Befreiungsbewegungen im Lande. Am 20. März kündigten die Franzosen den Abzug ihrer letzten Interventionstruppen im Tschad an. Eine wirklich unabhängige Entwicklung dieses Landes ist allerdings noch keineswegs gesichert.

Präsident Tombalbaye ruft 1968, kurz nach dem Kollaps seiner Regierungstruppen, die französische Fremdenlegion zur Wiederherstellung der inneren Sicherheit zu Hilfe. Diese zerstört in weitem Umkreis die Dörfer und wirtschaftlichen Strukturen im Zentrum und im Norden des Tschads, vermag aber die Frolinat militärisch nicht zu besiegen. Die Frolinat operiert aber von da an in verschiedenen, voneinander isolierten Armeen und Gebieten (die Wiederherstellung einer gewissen politischen und militärischen Einheit ist ihr erst 1977/78 wieder gelungen).

1973 besetzt Libyen die nördlichen Grenzgebiete des Tschads, wo große Rohstoffvorkommen vermutet werden, schmiert Tombalbaye dafür und verspricht Hilfe an die Frolinat. Tombalbaye geht darauf ein. Er benutzt die Gelegenheit, sich der Frolinat gegenüber als Gesprächspartner in Erinnerung zu rufen. Zuerst verhaftet er seinen Generalstabschef Malloum, um einem Militärputsch zuvorzukommen, den die



französischen Geheimdienste seit einiger Zeit vorbereitet haben. Dann löst er seine Staatspartei zugunsten des „Mouvement National pour la Révolution Culturelle et Sociale“ (Nationale Bewegung für die soziale und kulturelle Revolution) auf und startet eine kindische Tschadisationskampagne, um ein antifranzösisch-afrikanisches Image zu gewinnen. Für die Gespräche mit der Frolinat entsendet Tombalbaye Hissein Habré, welcher aber zu den Rebellen übergeht und zusammen mit dem alten Frolinat-Chef Goukong Oueddei den Befreiungskampf, jetzt in totaler internationaler Isolierung, weiterführt.

1974 entführt die Frolinat Françoise Claustre, Gattin des Chefs der Verwaltungsreformorganisation im Tschad, um mit Frankreich ins Gespräch zu kommen. Frankreich spielt zunächst den Blinden. Hingegen arbeiten die Franzosen weiterhin fleißig an der Vorbereitung eines Militärputsches gegen Tombalbaye. 1975 gelingt der Putsch, die Putschisten holen den Generalstabschef Malloum aus dem Gefängnis heraus und setzen ihn als neuen Präsidenten ein. Malloum, obwohl durch die Franzosen inthronisiert, gerät bald mit ihnen in Streit, weil sich diese inoffizielle Kontakte mit der Frolinat in der Affaire Claustre nicht verkneifen können. Malloum wirft symbolisch ein Regiment Fremdenlegion raus, ohne allerdings auf den logistischen Apparat der französischen Armee zu verzichten.

1976 entzieht Libyen der tschadischen Zentralregierung seine Unterstützung und setzt wieder auf die Frolinat als zukünftiger politischer Kraft des Landes. Libyen versucht deshalb trotz bewaffneten Zusammenstoßen mit den Rebellen diesen seine Vermittlung im Fall Claustre aufzudrängen. Die Frolinat akzeptiert, weil sie glaubt, sich keinen zweiten Zweifrontenkrieg gegen Malloum und die Libyer leisten zu können. Hissein Habré, Gegner dieses Entschlusses, bricht hierauf mit der Frolinat und zieht sich mit hundert Getreuen in eigenes Operationsgebiet zurück. Im Januar 77, nachdem die Franzosen der Frolinat etliche Summen und einige Publizität verschafft haben, wird Françoise Claustre endlich freigelassen. Die Frolinat erobert im Laufe des Jahres die letzten Regierungsbasen und unternimmt erfolgreiche Anstrengungen, die verschiedenen Widerstandsgruppen im Lande wieder zusammenzuführen. 1978 ruft deshalb Malloum erneut die Franzosen zu Hilfe, die mit Flächenbombardements und Terror gegen die Bevölkerung den „Sumpf“ der Subversion auszutrocknen versuchen. Auf der Seite der Frolinat kämpft zum erstenmal eine Gruppe von

Kämpfern, die in Lagern Libyens militärisch ausgebildet wurden. Der Feldzug der Franzosen gerät ins Stocken (da bietet sich Hissein Habré, zurück aus dem Maquis, als Partner Malloums an: Ziel nationale Wiederversöhnung auf dem Buckel der Frolinat. Malloum und Habré teilen sich im August 78 die Macht auf, Habré integriert seine Getreuen in den Staatsapparat. Die unklare Machtverteilung, die sie vorgenommen haben, führt im Februar dieses Jahres zu bewaffneten Kämpfen zwischen Anhängern des Präsidenten Malloum und des Ministerpräsidenten Habré. Auf Intervention Nigerias und Libyens wird im März 1979 ein Kompromißabkommen zwischen den wesentlichen politischen Kräften des Landes beschlossen. Zum erstenmal beteiligt sich auch die Frolinat daran. Im April, so scheint es aufgrund aller verfügbaren Meldungen, platzt das Waffenstillstandsabkommen. Die weiteren Fragen bleiben offen: Was geschieht mit dem lybisch besetzten Gebiet im Norden? Was mit dem französisch und mittlerweile auch amerikanisch beherrschten Wirtschaft im Süden? Wie werden verschiedene Völker und kulturelle Einheiten in einen gemeinsamen Staat integriert?

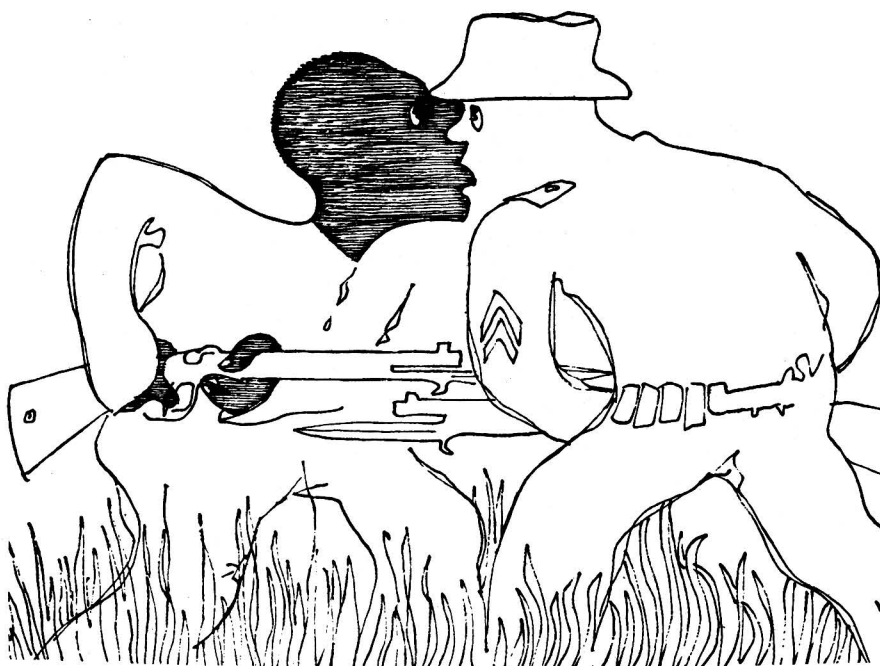
1960 entläßt Frankreich den Tschad in die Unabhängigkeit. Französisches Kapital beherrscht weiterhin die Landwirtschaft im Süden. Der erste Staatspräsident Tombalbaye füllt die Verwaltungsstrukturen mit Leuten seines Stammes und löst alle anderen politische Formationen, die sich in Hinsicht auf die Unabhängigkeit gebildet haben, auf. 1965 brechen erste Unruhen im Zentraltschad aus: Bauern verweigern die Steuerzahlung. Die Nomadenstämme des Nordens

werden mit einer Militärexpedition für die Ermordung eines Regierungssoldaten gestraft. Es bilden sich Rebellenbanden.

1966 wird die Frolinat (Front de Libération Nationale) gegründet. Eine Gruppe von Intellektuellen, die in Nordkorea militärisch und politisch ausgebildet wurden, schließt sich mit einer der stärksten Rebellenbanden zusammen und entwirft ein Programm der nationalen Befreiung vom französischen Imperialismus und der Errichtung einer demokratischen Regierung der nationalen Einheit. Die Leader der Gründungszeit fallen 1968 in den Kämpfen mit den Regierungstruppen. Die Frolinat baut ihre ersten Basen im Steppenland des Zentraltschads auf und gewinnt Anhänger und die Unterstützung der Bevölkerung mit der Organisation der Steuerverweigerung und der Losung, die Baumwollkulturen zugunsten einer umfassenden, die Grundernährung sicherstellenden Landwirtschaft aufzugeben. Zwei Jahre nach der Gründung dehnt die Frolinat ihre Operationsgebiete in den Norden des Landes aus und gewinnt dort ihre festesten Stützpunktgebiete.

P.S. Die internationale Politzene hat im Tschad immer auf die Zentralregierung gesetzt. Für die Franzosen versteht es sich von selbst. Die Amerikaner wurden zur Ausbalancierung durch Tombalbaye und Malloum ins Land gerufen. Kuba versprach Malloum Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse und die Sowjetunion versorgte ihn mit einigen Occasionsbomben. China schließlich verpulverte seine raren Entwicklungsgelder ebenfalls an Malloum.

aus: Focus, Mai 79



Am Vorabend des Volksaufstandes

1. Die Lehren aus dem September 1978

Der Aufstand vom September 1978 in Nicaragua hat ohne Zweifel mit einer militärischen Niederlage des Volkes geendet. Diese Tatsache hat in vielen Ländern Enttäuschung hervorgerufen und die Befürchtung ausgelöst, die Revolution in Nicaragua wäre auf Jahre hinaus zurückgeworfen. Nun war der Aufstand im September ein Ereignis, das nicht allein durch die militärischen Aktivitäten der FSLN ausgelöst wurde. Er war vielmehr der Höhepunkt einer Entwicklung (die zunehmende Repression, die hohe Arbeitslosigkeit, die galoppierende Inflation, die Staatskorruption und nicht zuletzt die vermehrten militärischen Schläge seitens der FSLN), die diese Ereignisse geradezu provozierte. Der nachfolgende Verlauf der Auseinandersetzung zeigte, daß die Voraussetzungen für einen Sieg noch nicht gegeben waren. Paradoxerweise war es die FSLN, die vor der Offensive im September zu dieser Erkenntnis kam. Ihre Beteiligung an der Offensive, trotz dieser Erkenntnis, hatte andere Gründe.

Die vergangenen Monate vor dem September hatten zweierlei gezeigt: Einmal, daß die Bevölkerung bereit war, mit allen Mitteln gegen die Diktatur zu kämpfen, und andererseits, daß die FSLN es nicht schaffte, die Empörung und Verzweiflung des Volkes in einen organisierten Widerstand zu verwandeln. So kann man mit Sicherheit behaupten, daß der Aufstand vom Februar 1978 in Monimbo und der von Matagalpa hauptsächlich spontane Formen annahm. Der September war eine logische Fortsetzung der zunehmenden Verschärfung der Widersprüche. Die FSLN beteiligte sich an allen drei Aufständen, weil sie es als ihre Sache ansah, an der Seite des Volkes zu kämpfen, es so gut wie möglich zu leiten und das Vertrauen, das sie ohnehin bei der Bevölkerung hatten, zu verstärken.

Der Versuch der USA, nach der blutigen Niederschlagung des Volksaufstandes vom September 1978 einen „Somozismus ohne Somoza“ auf dem Verhandlungsweg durchzusetzen, ist gescheitert.

Damit wurde eine neue Phase des Kampfes gegen die Diktatur eröffnet, in der die Initiative in die Hände der konsequentesten Kraft des Widerstandes, der FSLN bzw. der von ihr mittels der MPU (Bewegung vereinigtes Volk) dominierten Bündnisorganisation FPN (Nationale Patriotische Front) übergegangen ist.

Einen bedeutsamen Schritt zur Stärkung der politischen und militärischen Schlagkraft des Widerstandes stellte die Vereinigung der drei Tendenzen der FSLN dar, die sich bereits in den letzten Kämpfen gegen die Nationalgarde zugunsten der Sandinisten auswirkte. Als Folge des Vereinigungsprozesses macht die Ausbreitung und Konsolidierung der Basisstrukturen im ganzen Land erhebliche Fortschritte. Neben Arbeiterkomitees in den Fabriken und Werkstätten hat die Basisorganisation bereits zum Entstehen zahlreicher Komitees für zivile Verteidigung geführt, die sich aktiv an der Vorbereitung – und späteren Durchführung – des Aufstandes beteiligen.



Das Volk, auch wenn es, vor allem in Monimbo und Matagalpa, nicht die Initiative der FSLN abwartete, probte den Aufstand, weil es sich der Entschlossenheit der FSLN sicher war. Zwischen der FSLN und dem Volk Nicaraguas gab es seit langem eine unbestreitbare Identifikation, der es aber zu dieser Zeit noch an organisierten Bindungen mangelte.

Die Führung der FSLN sagte wenige Tage nach dem September, daß man eine militärische Schlacht verloren, dafür aber einen großen politischen Sieg errungen hätte. Diese Worte müssen etwas verdeutlicht werden: Auf internationaler Ebene wurde die Welt während der Auseinandersetzungen auf Nicaragua aufmerksam. Die Diktatur geriet in die politische und wirtschaftliche Isolation. Auf nationaler Ebene erreichte die Diktatur mit ihrem unglaublichen Rachezug das Gegenteil ihrer vorgenommenen Ziele. Das Volk verstärkte seinen Haß auf die Diktatur und seine Bindungen an die FSLN. Hunderte von Männern und Frauen schlossen sich der FSLN an. Die Befreiungsbewegung ging gestärkt aus der Konfrontation hervor.

Es sind vor allem drei Punkte, der die FSLN nach dem Septemberaufstand besondere Aufmerksamkeit schenkte; sie alle sollen die objektiven Bedingungen schaffen, die man für die nächste endgültige Offensive braucht. Im einzelnen sind dies:

a. Intensivierung der politischen Massenarbeit. Die FSLN war sich seit langem bewußt, daß die verschiedenen Organisationen des Volkes (Gewerkschaften, Vereinigungen, etc.) noch sehr unterentwickelt waren, und daß der September ihre Existenz notwendiger machte. So machte die FSLN die Bildung und Förderung von solchen Organisationen zu ihrer primären Aufgabe. Dabei sollte die MPU (Movimiento Pueblo Unido = Bewegung vereinigt Volk) einen entscheidenden Beitrag leisten. Kein anderes Land hat in so kurzer Zeit eine solche Intensivierung der politischen Massenarbeit erlebt. In den Stadtvierteln konsolidierten sich zivile Verteidigungskomitees, Volksbrigaden, im ganzen Lande entstanden oder verstärkten ihre Arbeit: Frauenbewegungen, Journalistenvereinigungen, Rechtsanwälte-, Künstler-, Schüler-, Studenten-, Hausfrauen- und Jugendorganisationen. Die Gewerkschaftszentralen erhöhten ihre Mitgliederzahlen und gründeten neue Betriebsgewerkschaften.

Das Volk sollte aber nicht nur politisch auf die nächste Offensive vorbereitet werden, parallel dazu wurden hunderte von militärischen Kursen abgehalten, wo die Bevölkerung Gelegenheit bekam,

das Basteln von Bomben zu lernen, Barrikaden und Luftschutzbunker zu bauen sowie das Handhaben von leichten und schweren Waffen zu beherrschen. In den Städten und auf dem Land entstanden die Volksmilizen, die eine weitere militärische Organisation unter FSLN-Führung darstellen.

b. Bildung eines revolutionären Heers Der September hatte auch deutlich gemacht, daß die Guerillataktik nicht ausreichte, um militärisch die speziellen Einheiten der Nationalgarde zu besiegen. Die traditionelle Nationalgarde stellte während des Aufstandes keine unüberwindbaren Probleme, sie wurde ja in den Städten Leon, Esteli, Chinandega und Masaya vollkommen aufgegeben. Die Wende wurde eindeutig durch die EEBI (gut und modern ausgerüstete Spezialkorps der Nationalgarde) bestimmt sowie durch die gleichzeitige und willkürliche Verwendung von schweren Waffen (Artillerie, Panzer, Flugzeuge etc.). Diese Tatsachen brachten die FSLN zu der Entscheidung, neben der Bildung eines Heeres die Qualität der Bewaffnung zu erhöhen und mit schweren Waffen zu verbessern.

c. Ideologische und politische Offensive in Hinblick auf die Nationalgarde. Die bewiesene Einigkeit der Nationalgarde während der Septemberereignisse bereiteten der revolutionären Bewegung Sorgen. Sie nahm sich vor, durch intensive politische Arbeit mit der Nationalgarde ihr Bewußtsein zu beeinflussen. Diese Aktivität erfolgte anhand von persönlichen Gesprächen, politischen Manifesten und breiteren Kampagnen der Volksorganisationen. Es zeigt sich, daß diese Politik bereits einige Erfolge gebracht hat, da offensichtlich Zeichen von Unruhe und Unzufriedenheit in der Nationalgarde festgestellt worden sind.

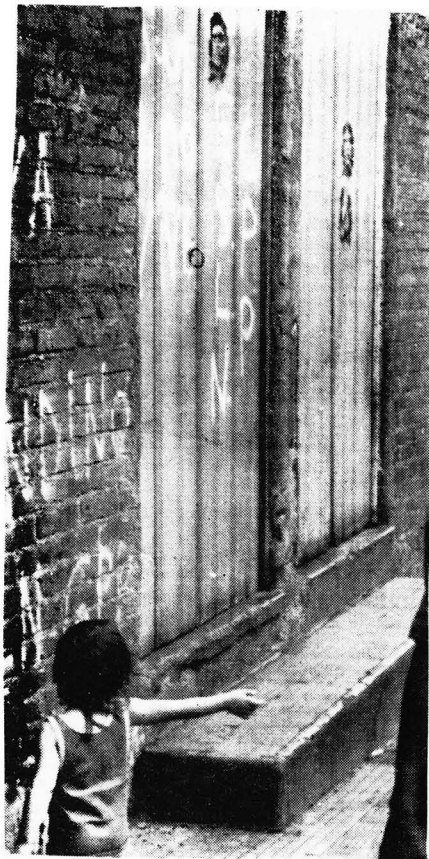
2. Die Wiedervereinigung der FSLN

Ein Kommuniqué der FSLN vom März dieses Jahres verkündete die vollständige Einheit der drei bis dahin existierenden Tendenzen. Es handelt sich dabei nicht um eine taktische, sondern um eine strategische, d.h. organische Einheit. Mit anderen Worten, die politischen Differenzen konnten weitgehend überwunden werden, so daß ein gemeinsames politisches und militärisches Programm erstellt werden konnte. Die Führung wurde ebenfalls vereinheitlicht. Im Grunde genommen beschloß man im März eine Einheit, die in der Praxis der vergangenen Monate bereits vollzogen war. Interessant dabei ist, daß die Basis der drei Tendenzen zu einer

Beschleunigung der Einheit gedrängt hatte. Die entscheidenden Voraussetzungen dafür waren aber erst nach dem Septemberaufstand gegeben, als die „Gruppe der 12“ die „Breite Oppositionsfront“ (FAO) verließ und zusammen mit der MPU die „Nationale Patriotische Front“ (PFN) gründete. Dadurch wurden die Differenzen in Bezug auf die Bündnisfrage weitgehend überwunden. Auch die Bildung eines revolutionären Heeres wurde von den drei Tendenzen einstimmig bejaht, was vor dem September etwas umstritten war. Mit der Einheit der FSLN ist eine wichtige Voraussetzung für die nächste Offensive erfüllt, wie sie im September 1978 nicht bestand.

3. Die heutige Lage

Alles in Nicaragua deutet darauf hin, daß das Jahr 1979 entscheidende Ereignisse bringen wird; dementsprechend scheinen sich alle politischen Kräfte des Landes darauf vorzubereiten. Die Nationalgarde rüstet auf und erhöht die Zahl ihrer Mitglieder, die bürgerlichen Parteien suchen ihre Einigung, und die Volksorganisationen gründeten die „Nationale Patriotische Front“. Mit der Bildung dieser FPN (Frente Patriótico Nacional) und dem Scheitern der FAO hat sich die politische Landschaft des Landes



vereinfacht. Die US-amerikanische Vermittlung, an der sich die FAO beteiligt, endete mit ihrer eigenen Diskreditierung. Somit hatte die Alternative der bürgerlichen Opposition jegliche Glaubwürdigkeit eingebüßt und die Alternative des Volkes, vertreten durch die MPU und die Patriotische Front FPN, an Boden gewonnen. Die FSLN unterstützt das Programm der FPN, ist aber nur indirekt durch die Teilnahme der MPU in diesem Block vertreten.

Die jetzige Lage ist durch die ständigen militärischen Aktionen und die regen politischen Aktivitäten der MPU und FNP gekennzeichnet. Sie dienen der politischen Vorbereitung des Volkes auf die nächste Offensive und der Schwächung und Demoralisierung der Nationalgarde, die jeden Tag in militärische Auseinandersetzungen verwickelt wird. Der Eindruck, den die mangelhafte Berichterstattung der bürgerlichen Massenmedien vermittelt, ist von der Realität des Landes weit entfernt. Es ist keine Ruhe eingekkehrt in Nicaragua, das Land erlebt vielmehr einen wahren Kriegszustand. Parallel zu dieser Entwicklung macht das Land eine sehr schwere wirtschaftliche Krise durch, die Arbeitslosigkeit wächst, Investitionen werden nicht getätigt, Devisen fehlen, es wird kaum importiert, Handels- und Industrieunternehmen gehen bankrott, der Staat verschuldet sich immer mehr, die Inflation kann nicht aufgehalten werden und die Baumwollernte bleibt liegen, da die Arbeiter sich weigern, auf die Plantagen zu gehen.

Im mittelamerikanischen Bereich ist unbestritten, daß die politische Instabilität Nicaraguas unmittelbare Auswirkungen auf die anderen Länder hat, so auf Guatemala und El Salvador. Diese Situation macht den Mittelamerikanischen Gemeinsamen Markt noch funktionsunfähiger als früher. Die Anwesenheit der Somozas in Nicaragua bringt die gesamte Geopolitik des Isthmus in Bewegung, so daß sich die USA zum schnellen Handeln gezwungen sehen. Die FSLN enthüllte am 10. März, daß die USA mit Teilen der Nationalgarde und mit Unterstützung der Finanzbourgeoisie des Landes einen Militärputsch planen, der die Absicht verfolgt, das unangenehme Image der Somozadiktatur zu entfernen, in der Hoffnung, ihre Interessen unangetastet zu lassen. Der Militärputsch soll in zwei Phasen erfolgen. Am Anfang soll er mit einer grausamen Repression verbunden werden, mit dem Ziel, die FSLN zu vernichten. Dabei sollen die Nachbarländer Honduras und

Costa Rica helfen, indem ihre Regierungen ebenfalls Unterdrückungsmaßnahmen gegen die in diesen Ländern lebenden Nicaraguaner unternehmen. Eine zweite Phase sieht einen weiteren Militärputsch vor, dessen Regierung dann mit Zivilisten bekleidet sein wird. Damit

erhofft sich die USA eine politische Lösung des Problems Nicaraguas und gleichzeitig eine Ablenkung der internationalen Öffentlichkeit.

Die revolutionäre Bewegung in Nicaragua hat ihre Absicht bekräftigt, diesen Militärputsch mit allen Mitteln zu bekämpfen. Für diesen Fall hatte die FSLN ein Notprogramm entwickelt. Die Reise von Somoza und seiner Familie in die USA Anfang der Karwoche verstärkte den Eindruck, daß ein reibungsloser Übergang der politischen Macht an eine Militärregierung geplant war. Dieser Umstand veranlaßte die FSLN, große militärische Aktionen im ganzen Land zu veranstalten, deren vorläufiger Höhepunkt die vorübergehende Besetzung der Stadt Esteli war.

Verschärfte Wirtschaftskrise

Daß Nicaragua 1978 trotz ausgezeichneter Exporterlöse im Vorjahr in eine ökonomische Krise geraten ist, hat seine Ursache in erster Linie in der politischen Krise des Landes. Die Hartnäckigkeit, mit der Somoza seine politische Machtposition verteidigt und die Kaltblütigkeit, mit der er fast alle Gewinne vor allem der kleinen und mittleren Unternehmer abschöpft, um sich die notwendigen Staatseinnahmen für die Finanzierung seines immensen Repressionsapparates zu sichern, haben zu Kapitalflucht und einem rapiden Rückgang der Investitionen geführt.

Das rasche Ansteigen der Schuldenlast des Staates in Verbindung mit Devisenflucht, Rückgang der Steuereinnahmen und weiterhin steigenden Militärausgaben zwangen Somoza, beim Internatio-

nen Währungsfond um die Gewährung eines Kredits in der Höhe von 40 Mill. Dollar anzusuchen. Als Bedingung für die Gewährung des Darlehens setzte der IWF eine Abwertung der nicaraguanischen Währung um 43% durch, die am 12. April erfolgte. Bankkreisen zufolge ist die Wahrscheinlichkeit, daß dieser Abwertung eine weitere folgen wird, sehr hoch. Angesichts des Fehlens einer Regierungskontrolle bedeutet dies wesentliche Preiserhöhungen. Zieht man in Betracht, daß nach einer Studie des unternehmerischen Instituts INCAE Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in Managua (und ähnlich in anderen Städten) schon 1977 bei 79,4% lagen, so kann man ermesen, was die Verteuerung der Lebenshaltungskosten für den ohnehin schon spärlichen Warenkorb einer Familie bedeutet.

In den nächsten Wochen werden die Verteidigungskomitees in den Wohnvierteln, die Gewerkschaften und Studentenvereinigungen, die in der Bewegung Vereinigtes Volk (MPU) zusammengeschlossen sind, Protestaktionen gegen die Währungsabwertung durchführen. Die Gewerkschaft der Rundfunkjournalisten Managuas besetzte am 20. April die Sendeeinrichtungen von Radio Corporación, das vor einem Monat durch die Nationalgarde geschlossen worden war, um gegen die Verletzungen der Meinungsfreiheit zu protestieren. Der Protest richtet sich vor allem gegen die Schließung von nationalen Informationsmedien wie Radiostationen; angesichts der hohen Alphabetenrate in Nicaragua (ca. 70%) ist eine kritische Berichterstattung im Rundfunk für das Regime besonders gefährlich.



Vor dem letzten Gefecht?

Währenddessen intensivieren sich die Kämpfe zwischen der Sandinistischen Befreiungsfront und der Nationalgarde im ganzen Land. Sie greifen alle immer wieder die Garnisonen der Nationalgarde in kleinen Städten an (Catarina, Telica, Malpaisillo, Sapoà) und manchmal auch in größeren (León, Managua). Diese Angriffe haben das Ziel, Verstärkungstruppen der Garde anzuziehen und diesen Hinterhalte zu legen.

Dieser strategische und taktische Plan kommt auch in einem von der Nationalgarde vor einer Woche abgefangenen Brief Humberto Ortegas – Mitglied der Nationalen Leitung der FSLN – an ‚Rubèn‘, einen der wichtigsten Kommandanten der Nordfront Carlos Fonseca Amador (der keineswegs im Kampf um Esteli gefallen ist, wie es große Nachrichtenagenturen kurz vor Ostern meldeten), zum Ausdruck: „Es ist wichtig, mit List und Täuschungsmanövern den Kampf auf die Verbindungswege zu tragen. Wir müssen wohl einige Punkte oder Siedlungen einnehmen, doch immer daran denken, daß das Gros unserer Kräfte und unserer Kämpfer um die Zufahrtswege konzentriert sein soll, über die die Nationalgarde dem von der Guerilla angegriffenen Punkt Verstärkung schickt. Wir müssen uns immer daran erinnern, daß der Feind schwach und verletzlicher ist, wenn er sich in Bewegung befindet, und nicht in den Kasernen oder in verschanzten Stellungen.“

Die Entwicklung der politisch-militärischen Situation in Nicaragua wird in Zukunft sowohl von der Zuspitzung der Kämpfe zwischen der Sandinistischen Befreiungsfront und der Nationalgarde abhängen, als auch von der Konsolidierung der Basisorganisationen des Volks bis zu einem Punkt, an dem eine Mobilisierung bis hin zu allgemeinen Aufstand möglich wird.

Der bereits jetzt erreichte Stand der politischen Organisation des nicaraguanischen Volkes läßt die kürzlich erfolgte Ankündigung der FSLN, die Diktatur werde innerhalb von zwei Monaten gestürzt werden, als durchaus realistisch erscheinen.

Um den nicaraguanischen Widerstand in den unmittelbar bevorstehenden Auseinandersetzungen wirkungsvoll zu unterstützen, bedarf es gerade in den kommenden Wochen einer verstärkten und koordinierten Solidaritätsarbeit aller Kräfte, denen der Kampf des nicaraguanischen Volkes um Freiheit und Selbstbestimmung nicht gleichgültig ist.

Zusammengestellt aus „Nicaragua aktuell“ (Mai '79), „Lateinamerika Nachrichten 70“ und Berichten der CILA (Mexico) durch Hermann Klosius.

Programmatische Grundlagen der sandinistischen Front für die nationale Befreiung, für Demokratie und den Wiederaufbau von Nicaragua (FSLN):

Provisorische Regierung der nationalen Front

Die FSLN wird nach dem Sturz der Somoza-Tyrannie auf eine provisorische Regierung der nationalen Einheit drängen, an der alle politischen und sozialen Kräfte in unserem Land teilnehmen, die eine Position des entschlossenen Kampfes gegen die Diktatur beibehalten haben.

Programm des nationalen Wiederaufbaus

Eine zentrale Aufgabe der provisorischen Regierung der nationalen Einheit wird sein, auf ein Programm des nationalen Wiederaufbaus hinzuwirken, das Nicaragua die selbständige Befreiung aus der sozialen, ökonomischen und moralischen Katastrophe ermöglicht, in die die Diktatur unser Land gestürzt hat.

Nationale Armee

Eine neue und wirklich demokratische Armee muß organisiert werden, deren fundamentale Prinzipien die Verteidigung des demokratischen Prozesses und der nationalen Souveränität sein werden. In dieser neuen Armee wird es keinen Platz für korrupte Militärs geben, die sich der Verbrechen gegen das Volk schuldig gemacht haben. Jedoch werden alle, ob Offiziere oder Mannschaften, die eine aktive Haltung gegen die Verbrechen und Auswüchse des Somozismus eingenommen haben, Mitglieder in dieser neuen Armee werden können. Die neue nationale Armee wird direkt an den Aufgaben des Wiederaufbaus des Landes teilhaben.

Eine Außenpolitik der Blockfreiheit

Eine unabhängige Außenpolitik der Blockfreiheit wird Beziehungen zwischen unserem Land und allen anderen herstellen, die das Prinzip der Selbstbestimmung anerkennen. Ökonomische Beziehungen werden gerecht und zum gegenseitigen Nutzen sein. Unsere Außenpolitik wird auf ökonomische, politische, kulturelle und freundschaftliche Beziehungen der Nationen Zentralamerikas und der Karibik hinarbeiten, um demokratische Bestrebungen zu stärken und die nationale Unabhängigkeit zu unterstützen.

Ein Fonds für nationalen Wiederaufbau

Die Schaffung eines Fonds des nationalen Wiederaufbaus wird der Enteignung allen von der Somoza-Familie usurpierten Eigentums beruhen und wird im Zusammenhang mit einem Plan des Wiederaufbaus stehen, um die Rückständigkeit, das Elend und die Arbeitslosigkeit, unter der die meisten Nicaraguaner leiden, zu beseitigen. Dieser Fonds des Wiederaufbaus wird sich an die Familien richten, deren dringende Bedürfnisse wegen des Krieges nicht befriedigt werden konnten sowie die Verletzten, Flüchtlinge und Ausgewanderten.

*Vereinigtes Nationales Kommando. Sandinistische Front für Nationale Befreiung
Irgendwo in Nicaragua, April 1979*

Vor genau einem Jahr berichteten die Zeitungen über den Militärputsch in Afghanistan.

In einem Land, dessen Einwohnerzahl nur zwischen 12 und 20 Millionen geschätzt werden kann, in dem es über zwei Millionen Nomaden gibt, die jedes Jahr im Herbst von den Hochtälern des Pamir und Hindukusch in die wärmeren Ebenen Pakistans ziehen und die sich dabei von niemand kontrollieren lassen, die die Landesgrenzen überqueren, wo es ihnen paßt und dabei zwei Fünftel des afghanischen Außenhandels per Schmuggel abwickeln, gibt es nur 40000 Industriearbeiter in Fabriken, die meist schlüsselfertig als Entwicklungsprodukte übergeben wurden. Hier hat eine Regierung mit sozialistischem Programm die Macht ergriffen. Ein Land ohne sozialen Druck von unten, mit einer relativ unzerstörten traditionellen Gesellschaftsstruktur, die sich in ihrer Gesamtheit eher nach Stämmen als nach Klassen oder politischen Parteien begreift. Eine solche Regierung muß sich ihre soziale Basis, die bis jetzt nur aus sowjetisch ausgebildeten oder inspirierten Technokraten und Militärs bestanden hat, erst schaffen. Nach anfänglichen Versuchen, es sich mit niemandem, vor allem nicht mit der Religion als einziger dem ganzen Land gemeinsamer Struktur zu verderben, dann die energischere Gangart: Landreform, Schuldenerlaß, Alphabetisierungsprogramm. Die Unsicherheit des Tarakiregimes ist groß: Bergstämme, die um den Verlust ihrer traditionellen Unabhängigkeit fürchten, leisten bewaffneten Widerstand. Nach fünf Jahren republikanischer Herrschaft des Präsidenten Daoud, der, selbst ein Schwiegersohn des 1973 gestürzten Königs, nicht in der Lage oder willens war, die angekündigten Reformen in Richtung auf einen modernen Staat, durchzuführen, haben am 27. April 1978 50 Panzer auf den Straßen der Hauptstadt Kabul die Macht in andere Hände geputscht: in die zweier in den Jahren der Republik in den Untergrund gezwungener, vom sowjetischen Modell des Sozialismus inspirierte Parteigruppen. Eine von beiden, die „Parcham“ (Flagge) hieß, wurde nach einem angeblichen Putschversuch im August von der Macht ausgeschlossen, die andere die „Khalq“ (Volk, Masse) des Präsidenten Taraki versucht, mit einer Politik von Reform und Repression sich eine Basis zu verschaffen und die Kräfte, die auf den verschiedensten Wegen Widerstand leisten, zum Schweigen zu bringen.

1965 - die ersten Wahlen

1965 fanden zum ersten Mal in der Geschichte Afghanistans, damals noch ein Königreich, Parlamentswahlen statt. Es hatte zwar schon vorher ein Parlament gegeben, doch waren dessen Mitglieder ernannt worden. Frauen hatten Stimmrecht, dennoch lag die Wahlbeteiligung bei nur 10 bis 15 Prozent.

Zur Wahl zugelassen waren nur einzelne Kandidaten, keine von Parteien aufgestellten Listen. Dabei gelang es einer reihe progressiver Politiker, die eher die Interessen städtischer Händler als die der ländlichen Großgrundbesitzer vertraten, Mandate im Abgeordnetenthaus zu gewinnen, zum ersten Mal in der Geschichte erhielten auch vier Frauen Sitze im Parlament.

Um einigen bekannterweise korrupten Mitgliedern der neuen Regierung, so auch dem bürgerlichen Premier Yussuf, eine Fortsetzung ihrer Machenschaften unmöglich zu machen, forderte die Bevölkerung Kabuls die Offenlegung der Vermögensverhältnisse des neuen Kabinetts, und als dies nicht geschah, wurde das Parlament am Tage seiner Eröffnung von Tausenden von Schaulustigen besetzt. In der Folge kam es zu mehrtägigen Straßenkämpfen, bei denen 10 bis 15 Menschen getötet wurden. Premier Yussuf trat zurück und die Regierung wurde ohne ihn und die anderen umstrittenen Politiker gebildet. Die Studenten und Schüler Kabuls waren die treibende Kraft dieser Aktionen gewesen, sie führten auch 1969 und im Winter 1971/1972 mehrmonatige Streiks.

Auch von anderer Seite gibt es traditionell politischen Druck. 1970 hatten islamische Mullahs wochenlang gegen die von „Parcham“ geplanten Feiern zum 100-jährigen Geburtstag Lenins – eine Geste gegenüber dem Land, aus der der größte Teil der Auslandshilfe kommt – demonstriert, außerdem gegen Reformmaßnahmen zur Gleichstellung der Frau, die seit 1959 nicht mehr den Schleier tragen mußte und Schulen und Universitäten besuchen durfte.

Die Rolle der Religion

99 Prozent der Afghanen sind Moslems, von ihnen sind 80 bis 90 Prozent Anhänger der sunnitischen Richtung, die übrigen, vor allem die Hazaras, ein Volk mongolischer Abstammung aus Zentralafghanistan, deren Mitglieder in Kabul die niedrigsten Arbeiten verrichten, sind Schiiten. Dies wird von ihnen aber verleugnet, hauptsächlich als Schutzmaßnahme. Der Mullah hat eine wichtige Funktion im Dorf, und er ist finanziell von den Dorfnotabeln abhängig. Afghanistan ist vom Westen nach Osten islamisiert worden. Während die westlichen Provinzen bereits 30 Jahre

nach Mohammed von islamischen Heeren erobert wurde, dauerte es bei den Ostprovinzen bis zum 10. und in Zentralafghanistan bis zum 12. Jahrhundert. Ein Streifen Land zwischen hohen Bergen nahe der Grenze zu Pakistan hieß bis 1896 Kafiristan, das bedeutet „Land der Heiden“. Erst dann gelang es den Kabuler Herren, die Bevölkerung dieses Tales gewaltsam zu islamisieren. Seitdem hieß die Gegend Nuristan, Land des Lichts. Sowohl in der unzugänglichen Bergregion wie auch in ganz Zentralafghanistan, das sehr hoch liegt und nur von Nomaden oder Bewohnern kleiner Dörfer bevölkert ist, tragen heute noch fast alle Männer Waffen. Dies ist ein Recht, das ihnen noch kein Herrscher verwehren konnte. Auch auf der anderen Seite der afghanisch-pakistanischen Grenze ist das ganze Gebiet abseits der Haupttransitstrecke von alters her in der Kontrolle der Bergstämme.

Bei der „Afghanischen Befreiungsfront“

Ein Korrespondent der „Liberation“ hat eine Woche bei diesen Bergstämmen zugebracht:

„Es ist im Namen des Islam, daß die paschtunischen Stämme mit einigen tausend Gewehren in den Krieg gegen das neue, pro-sowjetische Regime, das vor elf Monaten in Kabul an die Macht gekommen ist, ziehen. Von pakistanischem Gebiet aus starten sie ihre Angriffe bis in die Gegend von Kabul. Ihre Dörfer sind Umschlagplätze für Nachbauten aller Arten von Waffen, sei es eine Baretta oder eine Kalaschnikov. In dieser Gegend regiert noch das alte paschtunische Stammesrecht.“

Von hier aus wird der „heilige Krieg“ gegen das in ihren Augen kommunistische und völlig atheistische Regime des Präsidenten Taraki geführt.

Treibende politische Kraft des erneuten Umsturzes war die Demokratische Volkspartei, ausgeführt wurde er vom Militär, im wesentlichen also die gleichen Kräfte, die auch Daoud an die Macht gebracht hatte, und die nach und nach um ihren Einfluß kamen. Die DVP erklärte sich offen marxistisch-leninistisch, und ihr Ziel ist eine „nationale und demokratische Revolution als erster notwendiger Schritt zur sozialistischen Revolution.“

Mitte Juli 78

Der wichtigste Schritt des Taraki-Regimes ist es bis jetzt gewesen, ein Land-

reformgesetz zu verabschieden. Der Landwirtschaftsminister hat es als ein taktisches Gesetz bezeichnet, „um den Klassenkampf in die Dörfer zu tragen, denn auf dem Land gibt es praktisch keine Tradition der Volkskämpfe und auch keine unabhängige Bauernbewegung“. Alle landlosen Bauern, die sich von ihren Herren Geld geliehen haben, wurden von ihrer Schuld befreit oder sie wurde verringert. Der Landbesitz wird je nach Qualität auf maximal 6 Hektar pro Familie begrenzt.

Für eine durchschnittliche Dorfgemeinschaft von etwa 1000 Personen wird das Land und das Wasser von drei Notablen verteilt: dem mirab, der es zwischen den Benutzern aufteilt, dem malek und dem arabab. Alle drei haben bestimmende Macht. Der malek wird von dem Gouverneur der Provinzen zum Bürgermeister ernannt, ist der faktischen Allmacht des arabab, der über fast den ganzen Boden verfügt, unterlegen. Die Ernte wird folgendermaßen verteilt: ein Drittel für den Landbesitzenden arabab, ein Drittel geht als Steuern ab, und ein Drittel erhält der Pächter. Ein kleiner Bauer kann sich so von seinem Land noch ernähren, aber wenn er zusätzlich Geld braucht, etwa um eine Familie zu gründen, so ist er darauf angewiesen, sein Land an den arabab zu verpfänden.

Das Landreformgesetz trifft auf ein schwerwiegendes Hindernis – die Macht der Tradition. Und es ist fraglich, ob eine derartige radikale Maßnahme, die an die Fundamente des sozialen Zusammenlebens in einem Dorf rührt, und die eher von oben verordnet als von unten erkämpft worden ist, die Situation der Bauern kurzfristig verbessern kann. Bis ein Ersatz für den traditionellen Geldverleih vom Landbesitzer zum Pächter aufgebaut ist, werden gerade die kleinsten Bauern mit enormen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, und der schneearme Winter läßt jetzt schon auf eine schlechte Ernte in diesem Jahr schließen.

Neben der Landreform ist das bisher ehrgeizigste Projekt des neuen Regimes die Alphabetisierung von über 8 Millionen Menschen zwischen 8 und 50 Jahren. 90% der Männer und 98% der Frauen Afghanistans können heute weder lesen noch schreiben. Man erwartet die Hilfe der Vereinigten Nationen, denn das Schulwesen ruhte bis jetzt im wesentlichen in den Händen der Mullahs. 1970 besuchten nur etwa 20% der schulpflichtigen Kinder die Schule, und die Unterrichtsmethode besteht im wesentlichen im dauernden Wiederholen und Auswendiglernen des vom Lehrer vorgetragenen Stoffes.

Der Widerstand aus den Bergen

Der Widerstand aus den Bergen geht weiter und wird hart bekämpft. In einigen Provinzen hat er dazu geführt, daß die Durchführung der Landreform aufgeschoben wurde. Dort hat die Regierung die Machtprobe mit der Tradition vorerst verloren. Die Taktik der Rebellenbewegung ist es im Moment, der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, sie zum Einsatz von Truppen zu zwingen und ihre Autorität zu untergraben. Nirgendwo ist es ihnen bisher gelungen, so etwas wie ein „Befreites Gebiet“ zu errichten.

Diese Taktik geht vorerst auf, denn die Regierung sieht sich gezwungen, auf den Widerstand mit massiver Repression zu reagieren: Mehrere zehntausend potentielle politische Gegner füllen die Gefängnisse und die Verhaftungswelle richtet sich ganz besonders gegen die religiösen Kräfte. Überall sieht man Soldaten auf den Straßen. Einige Dörfer in Nuristan hat man sogar bombardieren lassen – ein Akt der Einschüchterung, weil man mit konventionellen Mitteln der Revolte nicht Herr wird. Verbale Unterstützung erhält die muslimische Rebellenbewegung von außen. Der iranische Ayatollah Schariat-Madari hat die Regierung Afghanistans heftig kritisiert, sie würde die Muslime wegen ihres islamischen Glaubens den schlimmsten mittelalterlichen Foltern unterwerfen, weil sie Recht und Freiheit verlangt hätten . . .

Auch für die Rebellenbewegung ist der Iran Vorbild: Dort habe man bewiesen, daß der Islam ein Regime besiegen könne, sei es ein verwestlichtes oder ein kommunistisches.

In den letzten Wochen erhält man Nachrichten nur noch aus Propagandakanälen von am Konflikt beteiligten oder zumindest interessierten Parteien. Sie sind mit Vorsicht zu genießen, und niemand wagt derzeit abzuschätzen, wie sich der Konflikt um das Revolutionsexperiment des Präsidenten Taraki weiterentwickeln wird.

Aus: die Tageszeitung 27.4.79

Die Stagnation der Spaltung

Als Anfang der Siebzigerjahre SP und KP in Frankreich ein gemeinsames Programm vorlegten und sich damit als Regierungsalternative zur bis dahin zementierten bürgerlichen Mehrheit empfahlen, schufen sie damit ein politisches Klima, das man in Frankreich „die Dynamik der Vereinheitlichung“ nannte. Bevor das Programm aber Wirklichkeit werden konnte, zerbrach es. Die Dynamik der Vereinheitlichung wich der Stagnation der Spaltung. Die Parteitage der beiden größten Arbeiterparteien dokumentierten diese anschaulich.

Von den Parteitag der französischen Sozialisten und Kommunisten konnte sich wohl niemand politische Neuorientierung erhoffen. Auf der Tagesordnung stand nur die Problematik, wie die beiden Parteien nach einer Phase der Verständigung mit der Realität der neuen/alten Rivalität fertig werden könnten. Die Hoffnungen der Linken erschöpften sich im wesentlichen darin, daß die Situation nicht schlimmer werde; noch dazu auf dem Hintergrund der europäischen Wahlen – einer der Konfliktpunkte zwischen SPF und KPF noch in der Zeit des gemeinsamen Programmes.

Der Parteitag der französischen Sozialisten

Die Weichen dazu wurden Anfang April 1979 beim Kongreß der SPF im lothringischen Metz gestellt. In vier verschiedenen Fraktionen geteilt, ging es dort im wesentlichen um eine entscheidende Frage: Orientiert sich die SPF in ihrer Strategie weiterhin an einem Bündiskonzept mit den anderen französischen Linken, insbesondere mit der KPF oder ist sie auch bereit, mit der rechtsliberalen Partei des Präsidenten Giscard d'Estaings zumindest informell zu koalieren und damit dem langen Werben des Präsidenten, der sich um die Brüchigkeit seines Bündnisses mit den Gaullisten um Chirac bewußt ist, Tribut zu zollen.

Die innerparteilichen Fronten verliefen ebenso klar wie widersprüchlich: Während Mitterand bei verstärkter Betonung der politischen Grundsatzüberlegungen der Sozialisten die Tür zur KPF nicht zuschlagen wollte, waren bei der Gruppe um Rocard und Mauroy die Tendenzen zu sozialdemokratischen Lösungen unübersehbar. Mauroy, sozialdemokratischer Veteran noch aus der Zeit, als der Vorgänger der heutigen SP, die SFIO sich für den französischen Kolonialkrieg gegen Algerien aussprach schloß mit dem Technokraten und schärfsten Mitterand-Rivalen Michel Rocard ein Zweckbündnis, um Mitterand und das von ihm vertretene Konzept zu schlagen. Brachte Mauroy hier die alten sozialdemokratischen Honoratioren mit ein, so konnte der Technokrat Rocard mit seiner Vergangenheit als Vorsitzender der linkssozialistischen PSU und seinem verbalradikalen Selbstverwaltungskonzept (das freilich bekannten Mitbestimmungskonzepten ähnelt) die Technokraten und Teile der Linken um sich scharen.

Die klassische SP-Linke, der CERES, war gerade über die verschiedenen von der Parteiführung vorgeschlagenen Konzepte gespalten und damit entscheidend geschwächt. Nachdem die CERES beschlossen hatte, Mitterand am Parteitag zu unterstützen, spaltete sich eine am Selbstverwaltungskonzept orientierte Gruppierung vom CERES ab. Diese neue Gruppierung, die „Union pour

l'Autogestion“ (UPA) unterstützte zunächst Rocard und seine Freunde und entschied sich erst im letzten Moment für die kritische Unterstützung Mitterands, als sich nämlich die realen Konsequenzen der Selbstverwaltungsdemagogie Rocards für die französische Linke gezeigt hatte: Das Näherrücken nämlich an das bürgerlich-liberale Lager.

Demgegenüber gelang es Mitterand, drei wesentliche Momente seiner politischen Überlegungen glaubwürdig zu repräsentieren: Zum ersten das Festhalten an einer Konzeption, die die gesellschaftliche Umgestaltung Frankreichs nur auf dem Hintergrund einer wie auch immer aussehenden Zusammenarbeit der Linken für aussichtsreich hält. Zum zweiten und als Basis dieser Umgestaltung ein Konzept der Selbstverwaltung, vermittelt über Dezentralisierung aller öffentlichen Institutionen und Strukturen und über das Funktionieren autonomer Basisinitiativen.

Zum dritten die Wiederherstellung der Einheit der Partei bei allen Differenzierungen der verschiedenen innerparteilichen Strömungen. Es gelang Mitterand mit seinem Konzept, etwa 2/3 der Delegiertenstimmen auf sich zu vereinigen, davon etwa die Hälfte von den beiden linken Strömungen. Mauroy und Rocard gehören dem neuen Parteipräsidium nicht mehr an.

Tatsächlich ist aber auf dem Parteikongreß kein wirkliches Problem gelöst worden. Die Partei ist nach wie vor aufgespalten in all ihre verschiedenen Strömungen, die Übereinstimmungen und der deutliche Sieg Mitterands waren weitgehend taktisch bestimmt. Ein Aufweichen der Frontstellung gegenüber den Kommunisten ist ebenso möglich wie ein Aufweichen der harten Oppositionspolitik gegenüber den bürgerlich-liberalen Gruppierungen oder sogar eine Spaltung der Partei in einen sozialdemokratischen und einen sozialistischen Torso, wengleich die letztere Lösung wohl die unwahrscheinlichste ist.

Die französischen Kommunisten — Uneinig geeint

Der Parteitag der französischen Kommunisten bewies einmal mehr die Stärke des Apparates, der die traditionalistische kommunistische Bewegung auch im eurokommunistischen Lager auszeichnet.

Wohl war Kritik an der sektiererischen Haltung der KPF in letzter Zeit und an der auffälligen Zurückhaltung Marchais gegenüber den staatssozialistischen Ländern geäußert worden und durfte diese auch am Parteitag geäußert werden. Der Parteitag selbst aber brachte eine Bestätigung des neuen Kurses der KPF, der subtilerweise als die konsequente Befolgung der Beschlüsse des letzten Parteitages bezeichnet wurde, auf dem die Strategie der Linkseinheit beschlossen werden konnte.

In seiner Rede vor dem Parteitag argumentierte Marchais, daß die KPF stets und noch immer den Kurs der Einheit der Linken vertrete. Sie müsse jedoch ohne alle Konzessionen die Erfahrungen verarbeiten, die im politischen Prozeß gemacht würden, um dadurch erst der Linken wirklich zum Sieg verhelfen zu können.

In Wirklichkeit sei die Entscheidung der KPF, konsequente Politik zu betreiben, von den Aktivitäten an der Basis her bestimmt, deren Einheit nach wie vor stark und deren Ziele konsequent sei. Nur die Stärkung dieser Basisaktivitäten führte letztlich zu einer siegreichen Linkseinheit, sie sei der kürzeste Weg zur Regierung der Linken. Es gelte darum, kompromißlos zu sein. Der Kongreß habe eine offensive Politik zu beschließen. Eine solche Linie würde die Partei stärken und insbesondere die Einheit der Partei dokumentieren, wenn auch

jedes Parteimitglied nachher das Recht behält, seine Meinung weiter zu vertreten.

Die Selbstkritik beschränkte sich im wesentlichen auf die Frage der Intellektuellen, einem Sektor, in dem die Partei stark an Boden verloren habe.

Von insgesamt etwa 800 Abänderungsanträgen, die die Parteiorganisation eingebracht hatten, wurde nur ca. 500 dem Parteitag vorgelegt. Kritische Anträge zur Form der Zusammenarbeit mit der SPF wurden teilweise vom Parteitagspräsidium ebenso zurückgehalten wie Anträge der moskautreuen Fraktion.

Der Parteitag brachte insgesamt sowohl in politischer als auch in personeller Hinsicht einen eindeutigen Vertrauensbeweis für Marchais — was nach Auffassung zahlreicher Beobachter eher auf die perfekte Regie des Parteipräsidiums als auf die reale kritiklose Übereinstimmung der Parteibasis mit ihrer Führung zurückzuführen ist. Im Auftrag des linkssozialistischen „Le Nouvel Observateur“ ergab etwa eine Meinungsumfrage bei kommunistischen Parteimitgliedern eine massive Unzufriedenheit mit dem aktuellen Parteikurs. Etwa 50% der befragten Genossen waren der Auffassung, daß der Kurs der KPF weniger von prinzipiellen als von

taktischen Überlegungen ausgehe, insbesondere ihr Verhalten gegenüber der SPF.

Perspektiven

Die Situation in der französischen Linken hat sich im wesentlichen nicht verändert. Während die französische Arbeiterbewegung insgesamt vor schwerwiegenden wirtschaftlichen und politischen Problemen steht (insbesondere dem harten Austerity-Konzept der Regierung bei weiter verstärkten Kriseneffekten) haben die politischen Repräsentanten der Arbeiterparteien noch kein gemeinsames Konzept gefunden. Die Konflikte der Arbeiterparteien, die sich im übrigen auch auf Konflikte zwischen den nur formal eigenständigen Gewerkschaftszentralen verlängern, schwächen nicht nur die Aussichten der französischen Arbeiter und Angestellten in den immer härter werdenden Konflikten mit Regierung und Kapital.

Sie lassen es auch unwahrscheinlich erscheinen, daß der nächste Präsident der französischen Republik ein Vertreter der Arbeiterbewegung sein wird, sei es Mitterand, sei es Rocard oder sei es — noch unwahrscheinlicher — Marchais.

Ronny Pohoryles



(Dessin de Konk.)

Marx raus, mich rein

Der Polizei mit einem Steinwerfspiel einheizen, das ist Routinesache in Bologna. Das neue Sparprogramm der Regierung, absegnet von allen Parteien, fordert gerade dazu heraus. Ohne dieses Spielchen wäre die Polizei und die Carabinieri fast ratlos. Zwar führen sie das Wort Movimento pausenlos im Munde, was sich aber im römischen Trastevere, im Universitätsviertel von Bologna und in den Vororten Mailands wirklich tut, davon haben sie keine Ahnung. Sie wissen nicht, wo sie suchen müssen, sie wissen nicht einmal, wen sie fragen sollen. Sie warten nur, bis die verbürgt militantesten Hitzköpfe anrollen. Und schon ist die Konfrontation da.

In allen großen Städten Italiens gibt es das „Movimento“, Sammelbegriff für all jene Gruppen, die sich zu Beginn der siebziger Jahre links von der Kommunistischen Partei herausgebildet haben. Das sind zuerst die politischen Organisationen Lotta continua, PdUP, Autonomia operaia, Manifesto, und das sind vor allem die arbeitslosen Akademiker, die Homosexuellen, die Feministinnen, die Künstler ohne Karriere. Alle Deserteure der Konsumgesellschaft.

Wenn die Leute nicht gerade kollektiv das Abwarten, Aufgeben und Abschlafen üben und schläfrig auf den Plätzen herumsitzen, gehen sie auf Konfrontation. In der Aggressionen brütenden Lethargie brauchen sie Bestätigung dringender als eine Stelle.

In Bologna gibt es Leute, die regelmäßig Anleitungen für Demonstrationen geben. Bis zum März 1977 besorgte man das über Ätherwellen. Da gab es den Geheimsender „Radio Alice“, der bei Demonstrationen die Sammelpunkte, den Standort der Polizei und Ausweichmöglichkeiten durchgab. Eines Morgens kam eine ganze Abteilung von Polizisten und stürmte den Laden. Francesco Berardi, der Chef des Ganzen, entkam nach Paris. In den sechziger Jahren wurde er als Cohn-Bandit von Bologna bekannt, weil er so gut reden konnte. Wenn es so etwas wie geborene Führer gibt, dann ist er einer davon.

Ein Jahr nach seiner Flucht, auf den Tag genau kam Berardi zurück. Plötzlich stand er vor den versammelten Genossen

und zwei Stunden später wußte die ganze Stadt, daß er wieder da war. Auch die Polizei, aber die hielt sich zurück.

Das war wie damals im September 1977. Das Movimento wollte einen Kongreß über die Gewalt veranstalten. So etwas wie Woodstock, nur daß anstatt von Musikern die Köpfe des Movimento die Leute unterhalten sollte. Damals wollte man den Bürgermeister von Bologna, den KP-Mann Renato Zangheri, der auf eine Art salopp und lässig aussieht, daß selbst der eingeleichte Anti-Kommunist und US-Botschafter Gardener ihm gerne die Hand drückt, dazu bringen, den angereisten Genossen Essen und Logis gratis zu geben. Das tat er auch und alles verlief ruhig, und der Bürgermeister stand groß da. Das Movimento

wußte von vornherein, daß sie es bekommen würden und Zangheri wußte, daß sie ihm sämtliche erreichbare Fensterscheiben in der Stadt zertrümmern würden, wenn er es ihnen nicht gab.

Das mag wie ein schlichtes Beispiel dafür klingen, wie gut es die Revoluzzer gelegentlich verstehen, die Herrschenden in Angst und Schrecken zu versetzen und wie leicht sich die Behörden ins Bockshorn jagen lassen.

Aber es steckt mehr dahinter.

Die Angst der Behörden vor jener Schicht, die da am Rande der italienischen Alta-moda-Gesellschaft dahinpennet, war vorerst gleich Null. Lange Zeit waren für alle Parteien die Demonstrierer nichts als temperament-



volle unverständliche Empörer. Im übrigen waren die jungen Linken zunächst selbst nicht bereit für die Gewaltspiele. Dazu war einfach nicht genug zum Protestieren da: Noch in den sechziger Jahren waren die italienischen Fabriken hochzufrieden mit den Zukunftsaussichten und die Gewerkschaften trieben die Löhne in die Höhe.

Erst ab 1973 ging man so richtig auf Konfrontationskurs. Vorher war es nur das übliche Demonstrieren: Später aber beständiger war auch in Italien im Herbst 1969 die Revolte der Studenten ausgebrochen. Das war der Beginn des „Heißen Herbstes“, der dann schließlich zwei Jahre gedauert hatte. Damals hatte noch die Kommunistische Partei die Losungen der Studenten so halb und halb übernommen, und die Gewerkschaften unterstützten ihre Forderungen. Damals waren es noch die Sprößlinge des Mittelstandes, die seit es an ihren Universitäten zu Streiks gekommen war, ihre mit aufgestickten Initialien geschmückten Pullover ablegten und sich radikal kleideten. Wie das Volk.

Die Revolution sehnte sich zurück nach dem Proletariat von 1910, nach der Ära der verschmierten Bergarbeitergesichter. Die Kommunisten begannen sich langsam nach Macht zu sehnen und schleppen gleich die ganze Arbeiterschaft mit. Als Eintrittspreis mußten sie rechts einschwenken und ließen die Linke links liegen.

Als dann zu Beginn der siebziger Jahre gleichzeitig die Krise in Italien anließ, die Arbeitslosenrate stieg, in den Chef-Etagen der Fabriken sich Melancholie breitmachte, gehörte Schwarzseherei zum guten Ton: Je mehr die Parteien das Arbeitslosenheer, die Generation der Überflüssigen, zur Raison riefen, desto öfters kam es zu Konfron-

tationen.

Während sich die christdemokratische Regierung um ihren morbiden Staatsapparat sorgte, kümmerte sich die kommunistische Partei um ihre einundhalb Millionen Mitglieder.

Zu den Gruppen, um die sich niemand kümmerte, gehörte die 68er Generation und die jungen Arbeiter, die aus dem Süden kamen und sich keiner Partei anschlossen. Die arbeitslosen Akademiker stürzten sich auf Nietzsche und die Innenschau: Marx raus, mich rein. Oder sie betäubten sich mit Drogen. In Mailand wurde es chic, einer Sekte anzugehören. Manche schafften sich einen Kräutergarten auf dem Lande an. Diese im Sinne von Marx wohl nicht entfremdete Arbeit beflügelte sie mehr, als das, was sie übers Arbeitsamt ohnehin nicht kriegten. Einige wollten auch ganz einfach weg und brachten sich um.

Was freilich die jungen Arbeiter aus dem Süden betraf, so änderte sich ihre Einstellung blitzartig, als es zu den ersten Konfrontationen kam. Sie bevorzugten den direkten Weg. Sie machten nicht viele Umstände, versorgten sich mit Waffen und schlossen sich zu Gruppen zusammen. Lauter Gruppen aus Individualisten. Individualisten in dem Sinne, in dem die russischen Revolutionäre dieses Wort zur Kennzeichnung des Lumpenproletariats in ihrem Land gebrauchten. Das Lumpenproletariat brachte die russischen Revolutionäre immer wieder in arge Bedrängnis. Und ein Mann wie Nikolai Bucharin schlug Töne an wie ein Südstaatenrichter, wenn er von dieser Masse ohne „Klassenbewußtsein“ sprach: „Trägheit, Disziplinlosigkeit und Unfähigkeit, irgend etwas Neues aufzubauen oder

zu organisieren, eine individualistische, deklassierte Persönlichkeit, deren Handlungen ausschließlich auf törichten Launen basieren...“

Die meisten der 12 – 20jährigen, die mit dem aufgezwungenen Nichtstun nicht zurechtkamen, machten sich daran, Geschäfte zu überfallen, älterlichen Touristinnen die Handtaschen zu entreißen, Autos zu knacken, ganz einfach irgendetwas zu tun, was niemand wollte, daß sie es taten.

Ging es bei irgendwelchen Aktionen vielleicht wirklich um politische Ziele, so steckten immer einige Intellektuelle mit revolutionärem Anstrich dahinter. So war es zum Beispiel, als die Roten Brigaden den Präsidenten der Christdemokraten Aldo Moro entführten und schließlich auch töteten. Mit der Bereitschaft zur Gewalt wollten sie zeigen: Wir meinen es ernst. Wir sind entschlossen, bis zum äußersten zu gehen. Die Revolution hat bereits begonnen. Aber die Arbeiter rasselten nicht einmal mit ihren Ketten. Ganz unheroisch verteidigten sie den Staat.

Das bedeutet nicht, daß sich alle Arbeitslosen zur Revolution bekennen. Sie tun es nicht. Die Polizei glaubte lange, daß alle zornigen jungen Männer aus der Subgesellschaft bereit seien, den Aufstand zu wagen, sobald sie dazu aufgerufen würden. In Wahrheit haben die Untergrundorganisationen, die Roten Brigaden oder die Organisation Prima Linea einen ziemlich komplizierten Status: Fast jeder Halbwüchsige, dem man etwas außerhalb begegnet, bewundert die Aktionen der Terrorgruppen und sieht zu ihnen auf. Trotzdem gelingt es ihnen nicht, Fuß zu fassen. Die meisten erniedrigt es nur, daß sie von der Gesellschaft nicht gebraucht werden. So eindeutig.

Rados Antonia





Demokratie und Sozialismus

Diskussion: Demokratie und Sozialismus im Lichte der Gramsci-Debatte

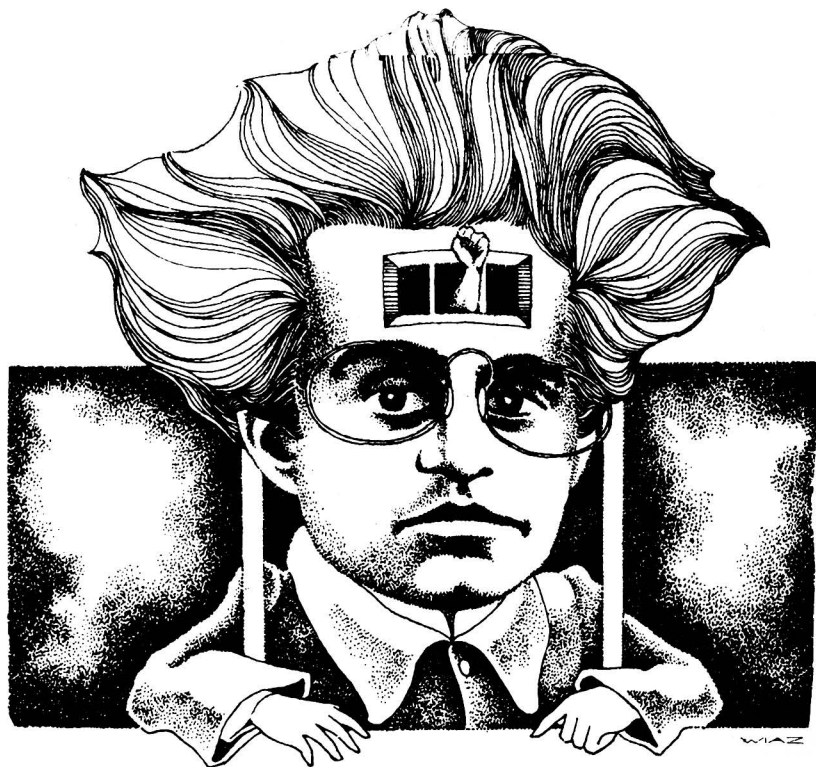
Mit der Krise des kapitalistischen Systems geht die Krise der (bürgerlichen) Demokratie gleichsam als Zwillingsschwester Hand in Hand. Es zeigt sich, daß alle Freiheitsrechte und demokratischen Errungenschaften, Früchte des Kampfes der Arbeiter und Angestellten, in Widerspruch zu den Interessen der Kapitalverwertung geraten, sobald diese holpert, die Geld- und Warenzirkulation stockt und die Lösung der ökonomischen Krise diktatorisch nach Opfern auf Seiten der Lohnabhängigen verlangt, die demokratisch kaum durchsetzbar, auf die Dauer jedenfalls das Risiko und die Gefahr der Empörung, des Widerstandes und des politischen Protestes nach sich ziehen können.

Hier zeigt sich alsbald, daß die Freiheiten und „Freizügigkeiten“ des demokratischen Staates in der bürgerlichen, kapitalistischen Gesellschaft durch die Bedürfnisse des Marktes, des ungehinderten Verkehrs der Waren, ihrer Anpreisung und ihres raschen Umschlags (auch der Ware Arbeitskraft!) vorausgesetzt waren. Sobald der Markt aber aussetzt und die Verwertung des Werts nach anderen Gesetzen verlangt, nach Gesetzen der Krisenbewältigung im Sinne der Sanierung der kapitalistischen Verhältnisse, werden die gestern noch willkommenen, weil dem reibungslosen Ablauf angemessenen demokratischen Formen des ökonomischen und politischen Verkehrs (der Waren und der Parteien, der ideellen und materiellen Geschäfte) zu Bremsklötzen und Fesseln der Politik des ökonomischen Notstands: der offenen, ungeschminkten Klassendiktatur der Bourgeoisie, ihrer wirtschaftlich fortgeschrittensten, entwickeltesten und stärksten Sektionen, die sich dabei politisch oft und zumeist auf die schwächsten, unterentwickeltesten und daher radikalsten (kleinbürger-

lichen) Schichten stützen und als erstes die demokratischen Organe und Institutionen der Arbeiterschaft, (Gewerkschaften) zu liquidieren, sodann selbst die bürgerlichen demokratischen Einrichtungen (Parteien, Kammern, Parlament etc.) zu sistieren versuchen werden. (Faschismus, Nationalsozialismus, Militärdiktaturen treten auf den Plan.) Der bisherige Verlauf der modernen europäischen Geschichte, zeigte bis auf wenige Beispiele, daß die Arbeiterschaft, ihre Parteien und Führungen, auf eine solche immer wiederkehrende Situation entweder kaum gefaßt waren oder nach kurzem organisierten Widerstand im Meer der Reaktion ertranken.

Staat, Gesellschaft, Partei, Revolution und Herrschaft bei Lenin und Gramsci

Lenin definierte den Staat als Unterdrückungsmaschinerie der herrschenden, d.i. besitzenden, über die Produktivkräfte verfügenden Klassen. Seine Organe und Einrichtungen seien zwar für den proletarischen Klassenkampf zu nutzen (das Parlament z.B. als Tribüne des Klassenkampfes). Im Verlauf der Revolution, der letzten entscheidenden Schlacht zwischen den gegnerischen Klassen, müsse der Zwangsapparat Staat jedoch vollständig zerbrochen werden, um an seine Stelle die Diktatur



des Proletariats, die Diktatur der gestern beherrschten Klassen gegen ihre Beherrscher, der Klasse der Ausbeuter, der Bourgeoisie zu errichten. Wie wird die Revolution vorbereitet, wie kann sie siegen, wie kann sie vor Anschlägen geschützt, vor einer Konterrevolution bewahrt werden? Eine Partei neuen Typs, eine hierarchisch, auf Kader, auf Befehle von oben jederzeit reagierende, wie eine Armee funktionierende Partei, eben die Partei der Bolschewiki müsse die Führung der proletarischen Massen übernehmen, ihr Handeln anleiten, ihren meist vulgär-materialistischen Interessen und Vorstellungen das politische Klassenbewußtsein aufprägen (das von Marx als „enormes Bewußtsein“ genannt wurde).



Die Strategie der Machtergreifung ist von vornherein eine solche des Bruchs, bzw. der kleinen Brüche, die zum großen, endgültigen Bruch über Generalstreiks, bewaffnete Aktionen, Spaltung der bürgerlichen Armee, Errichtung einer Doppelherrschaft, endgültigen Sturz der Regierung, Auflösung des Parlaments etc. im wesentlichen eine Strategie der direkten Konfrontation mit der Staatsgewalt, bis zum möglichen Bürgerkrieg, der vertikalen Spaltung des Landes reicht.

Nach dem Sieg der Revolution unter der Führung der Partei des Proletariats werden die Verbündeten entweder aufgesaugt oder mitsamt den Klassenfeinden, den Angehörigen der gestern herrschenden, ausbeuterischen Klassen bekämpft. Die Partei als Avantgarde der Arbeiterklasse und der Revolution vereinigt alle Macht des Staates und der Gesellschaft, die ökonomische und die politische, die legislative und exekutive Gewalt bei sich und leitet die Massen beim Aufbau des Sozialismus an.

Obwohl hier sicherlich stark verkürzt, sieht heute noch das Lenin'sche Modell sowohl der Alt- und Neostalinisten als auch (mit Modifikationen) der Trotzisten und der Anhänger des „realen Sozialismus“ im wesentlichen so aus. (Wir können die Probleme des „Räte-modells“ Trotzki hier nicht diskutieren. Sie stellen eine Modifikation der Methode, aber nicht des Prinzips dar.) Mit diesem Modell lassen sich tatsächlich gewisse Erfolge in den nachkolonialen Ländern erzielen; dieses Modell ist antagonistisch schon in den (ost)europäischen Ländern des „realen Sozialismus“ und ist vollends unbrauchbar geworden für die Beantwortung der größten Herausforderung unserer Epoche: der Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse in ihren Hochburgen, der Errichtung einer neuen, demokratischen Gesellschaft, die diesen Namen dadurch „real“ verdient, daß sie zu den bisherigen Freiheiten noch die entscheidende, die ökonomische Egalität aller hinzufügt durch die Er-

richtung einer Produzenten-Demokratie, der Aufhebung der privaten Aneignung des Mehrprodukts.

Die ersten grundlegenden Überlegungen, die zum Teil parallel, zum Teil bereits den Lenin'schen Vorstellungen entgegengesetzt formuliert wurden, sind mit Gramsci's Werk verbunden.

Der Begriff der Hegemonie als zentraler strategischer Hebel

Bei Gramsci ist der Staat nicht bloßer Zwangsapparat der bürgerlichen Gesellschaft zur Wahrung und Durchsetzung ihrer Interessen: der Staat ist Zwangsapparat *plus* bürgerliche Gesellschaft, ist Klassendiktatur *und* Klassenhegemonie zugleich.

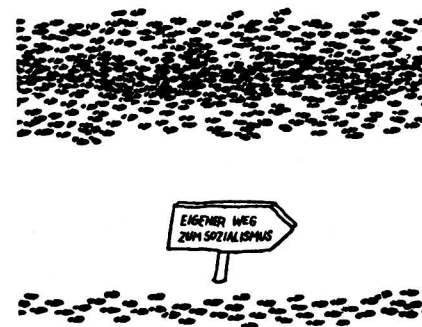
Gramsci schreibt über den Begriff der Hegemonie: „*die Vorherrschaft einer gesellschaftlichen Gruppe drückt sich auf zweierlei Art aus: als ‚Herrschaft‘ und als geistige und moralische Führung‘*“. Wenn die bürgerliche Gesellschaft auf das Bollwerk Staat reduziert ist und in seinen Kasematten, weitverzweigte Untermauerungen statt Kultur und Bildung, Kunst und Religion, Wissenschaft und Philosophie, Folter und Kerker beheimatet sind, herrscht der Faschismus, der auf die politische, geistige, moralische Führungsfähigkeit einer Weltanschauung pfeift und nur ein Mittel der Überzeugung und des Arguments kennt: die nackte Gewalt. Aus dieser differenzierten Definition des Staates und der bürgerlichen Gesellschaft ergeben sich alle strategischen Schlußfolgerungen Gramscis bezüglich der Bündiskonzeption, der Partei, der Eroberung und Ausübung der Macht.

Bei Gramsci ist die Partei nicht auf ein Instrument des Klassenkampfes reduziert, sie ist aber auch nicht eine übergeordnete Instanz. Sie wird weder

pragmatisch zurechtgestutzt, noch idealistisch aufgeputzt. Die Partei ist der „moderne Fürst“ (der Principe), der in der Renaissance in hervorragender Weise alle geistigen, moralischen, kulturellen, wissenschaftlichen und politischen Werte des Fortschritts in sich verkörperte und nach außen zu vertreten hatte. Die Partei ist daher im heutigen aktuellen geschichtlichen Zusammenhang der „kollektive Intellektuelle“, wie Gramsci an anderer Stelle schreibt, sie ist Vermittler und Führer, Denker und Kämpfer im Prozeß des Übergangs von der alten zur neuen Hegemonie, des Eintritts der Massen in

alle Bereiche des Staates. In ihr selbst wird das neue staatliche Leben massenhaft vorbereitet, diese Partei ist die Schule der neuen Staatlichkeit, der Massendemokratie eben. Sie erfordert daher eine aktive und direkte Beteiligung der Betroffenen „*auch wenn das einen Schein von Zersplitterung und Chaos erzeugt*“, vermerkt Gramsci. Er polemisiert auch angesichts der Erfahrungen der Komintern und der KPdSU gegen die „*einzig totalitäre Regierungspartei*“, hier die frühe Kritik von Rosa Luxemburg wieder aufgreifend. Der demokratische Zentralismus, wie er in einer solchen Partei gehandhabt wird, fördere eine autoritäre Entwicklung in der Partei und berge ständig die Gefahr des Bonapartismus einer Führerperson in sich.

Damit wird in der Konzeption der Durchsetzung der Hegemonie der subalternen Klassen (der Ausgebeuteten, Unterdrückten, Beherrschten), die einzig und allein ohne neue subalterne Klassen die zukünftige Gesellschaft führen und gestalten können, von der ökonomistischen Zusammenbruchstheorie bzw. der radikalen Antithese Arbeiterbewegung – Staat, Umsturz des alten, Aufbau des neuen Staates Abstand genommen.



MOEA

Die „Eroberung des Staates“ ist also kein einmaliger Akt des gewaltsamen Umsturzes („*Bewegungskrieg*“), sondern ein *Prozeß* („*Stellungskrieg*“). Damit erhält auch die Bündnispolitik einen neuen strategischen Stellenwert im modernen Klassenkampf, welcher der Kampf der Klassen um die politische, gesellschaftliche Hegemonie, um die Führung in allen Bereichen der Produktion und der Reproduktion ist. Neben der Überwindung des historischen Bruchs zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten durch die selbstkritische Überprüfung der eigenen Geschichte und der theoretischen Positionen wird die Palette der Bündnispartner über die klassische Arbeiterbewegung hinaus bis hin zu den fortschrittlichen Christen erweitert. (Dieser neue „Historische Block“ hat durch den „Historischen Kompromiß“ in Italien insofern eine strategische Erweiterung erhalten, als der Gesamtheit des christlichen antifaschistischen Lagers trotz aller korrupten und dekadenten Züge seiner Führungsschichten ein Bündnis zur nationalen Rettung des Landes angetragen wird.

Ein Bündnis, das die Fragen der neuen Hegemonie erst als Ergebnis der erfolgreichen Lösung der unmittelbaren Probleme des Landes begreift. Der „Historische Kompromiß“ ist aber selbst innerhalb des PCI umstritten und keineswegs wie andere Momente der aus dem Denken Gramscis und den Überlegungen Togliattis entwickelten Strategie auf jedes beliebige Land des entwickelten Kapitalismus übertragbar.)

Schließlich greift Gramsci bei der Charakterisierung des Modells der neuen Hegemonie auf die Pariser Kommune zurück (die ja auch bei Marx als Beispiel der „Diktatur des Proletariats“ herangezogen wird). Gramsci spricht von der „*Rückgabe aller Energien an den gesellschaftlichen Körper, die der Staat absorbiert hat*“. Statt Bürokratismus also Räte- und Basisdemokratie, die heute ohne den Begriff der Selbstverwaltung der Produzenten nur einen historischen, aber keinen realgesellschaftlichen Inhalt hätte.

In der aktuellen Gramsci-Debatte kommen in den Überlegungen der KPI zwei weiteren Begriffen zentraler strategi-

scher Stellenwert zu, sowohl was die gegenwärtige politische Entwicklung als auch was das Verständnis der neuen Hegemonie betrifft: Autonomie und Pluralismus. Autonomie gegenüber den Organen der Basis, die Gesamtinteressen der Klasse vertreten, z.B. Gewerkschaften, aber auch gegenüber linken Gruppierungen, Jugend- und Frauenbewegungen. Und Pluralismus als Anerkennung der Konsequenzen der oben skizzierten Bündnispolitik auch im Prozeß der Entfaltung der neuen Hegemonie, des sozialen Aufbaus, Abwählbarkeit von Regierungen, Austauschbarkeit der repräsentativen Organe und vor allem die einzig reale Kontrolle einer jeden machtausübenden Partei und Organisation, nämlich Existenz anderer Parteien und Fraktionen, die auch dann noch programmatische und ideologische Differenzierungen vertreten, wenn keine unmittelbar antagonistischen Klasseninteressen aufeinanderprallen mögen.

Der kritische Leser wird sich nun fragen: was unterscheidet dieses Modell eigentlich von der Sozialdemokratie, die ja auch von Sozialismus spricht, aber bisher noch keinen Schritt dahin gesetzt hat, weder als allein regierende noch als Koalitionspartei?

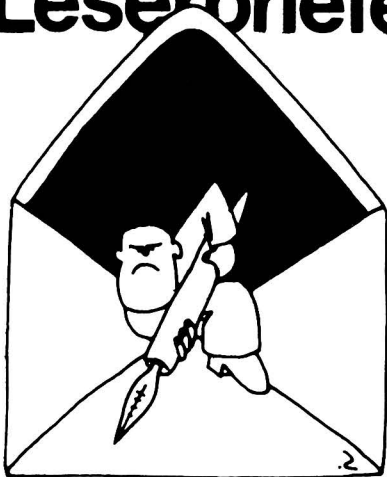
Vor allem: die eurokommunistischen Parteien, die in einigen wesentlichen Punkten von Gramsci ausgehen, leugnen nicht nur nicht, sondern betrachten im Gegenteil den Klassenkampf als zentrales Element ihres politischen Wirkens, als Motor der Geschichte, auch ihrer eigenen, gegenwärtigen. Der demokratische Weg zum Sozialismus ist kein konfliktloser Transformationsprozeß der Gesellschaft, sondern die Absage an die bisherige Erfahrung solcher Prozesse: um die Erhaltung der demokratischen Errungenschaften und um ihre Erweiterung geht es, nicht um die Umstülpung des alten Gefßler-Hutes, sondern um seine Abschaffung dreht es sich. Der demokratische Sozialismus ist der Dritte Weg zwischen Neostalinismus und Sozialdemokratismus zur Überwindung des Kapitalismus.

Zsolt Patka

(siehe dazu: Gramsci-Debatte I, Hegemonie, Staat und Partei, VSA, Hamburg 1978)



Leserbriefe



Antwort auf den offenen Brief
von Reha Bilge

Lieber Reha!

In der Februar-Nummer 1979 von Offensiv Links nimmst Du zu meinem Rotfront-Artikel über die Türkei Stellung. Da in Deinen Zeilen einige grundsätzliche Fragen der Strategie und Taktik der revolutionären Arbeiterbewegung angesprochen werden, möchte ich Dir in aller Kürze antworten.

Vorweg zu Deinem Vorwurf, es wäre mir bloß um die Demonstration des „uralten trotzkistischen Standpunkts“ gegangen, „Nicht-Trotzkisten tunlichst zu entlarven“. Lieber Reha, dieser Vorwurf ist schlicht ein Schlag ins Wasser. Mein Artikel war gerade *nicht* von der Absicht getragen, eine Standardabhandlung über permanente Revolution, über politische Entwicklungen, die auf halbem Weg steckengeblieben sind etc. zu geben. Er be-

handelt vielmehr in konkreter Weise die aktuelle Situation der Türkei, das faschistische Massaker in Kahramanmaraş und die daraus resultierenden Folgen für das gesamte politische Gefüge des Landes. Unter anderem ist der Artikel eine kritische Sichtung der einjährigen Regierungszeit des sozialdemokratisch orientierten Kabinetts Ecevit.

Mit Ecevit und der Republikanischen Volkspartei sind wir auch bei unseren wirklichen Differenzen – und nicht den vorgeblichen um „trotzkistische Revolutionsweisheiten“ – angelangt. Du machst mir zum Vorwurf, daß ich in meiner Kritik an der Ecevit-Regierung das Hauptgewicht auf die nicht realisierten Reformen lege. Schon meine Fragestellung sei falsch, denn Reformen „unter den bestehenden Verhältnissen“ seien nicht möglich. Jetzt gehe es um den antifaschistischen Kampf.

Die Argumentation mit „Hauptgewicht“ ist eine Erfindung von Dir. In meinem Artikel werden sowohl die verabsäumten Reformen, als auch der lasche Antifaschismus der Ecevit-Regierung aufs Korn genommen. Zu letzterem heißt es unter anderem: „Speziell dem virulentesten Problem, mit dem die Arbeiterbewegung der Türkei heute konfrontiert ist, dem mörderischen faschistischen Terror, ist mit einer solchen ‚Mäßigungspolitik‘ nicht beizukommen.“

Von einer „Vernachlässigung“ des antifaschistischen Kampfs meinerseits kann also nicht im mindesten die Rede sein. Was ich allerdings nicht mache – und auch für einen gravierenden Fehler halten würde – ist ein Abkoppeln des Kampfs gegen die Faschisten vom Kampf um ökonomische, soziale und politische Reformen. Du sprichst selbst in Deinen Zeilen, daß die faschistischen Kräfte in der Türkei über eine „erschreckende Massenbasis“ verfügen. Was ist der Grund dafür? Die miserablen ökonomischen und sozialen Bedingungen für breite Bevölkerungs-

teile schaffen ideale Voraussetzungen für die nationale, soziale und religiöse Demagogie der Faschisten. Um den Faschisten die Massenbasis streitig zu machen, bedarf es daher nicht irgendeines Einbremsens der Sozialreformen, sondern ihrer Intensivierung und Ausdehnung auf alle Landesteile. Die reale und tiefgreifende Veränderung der wirtschaftlichen und politischen Situation der Massen ist der beste Garant, daß die Sirengesänge der Faschisten unerhört bleiben. Ecevit, weit davon entfernt, mit seiner Politik der Kleinstreformen die Faschisten in Schach zu halten, verschafft ihnen so vermehrte Wachstumschancen.

Noch ein kurzes Wort zur „Einmischung“ in türkische Belange. Die Arbeiterbewegung und erst recht nicht die Revolutionäre kann nicht mit einer Kirchturnperspektive agieren. Der gesamte Globus ist ihr Wirkungsfeld: aus allen Ländern sind Erfahrungen zu berücksichtigen, Veränderungen vor allem tiefergehender Natur beeinflussen in der einen oder anderen Weise die Kampfbedingungen im eigenen Land. Selbstverständlich häufen sich die Fehlerquellen, wenn man weiter vom Schuß sitzt. Insofern bin ich Dir auch dankbar für Deine Differenzierungen und Korrekturen. Aus der sicher zu Gebote stehenden Vorsicht bei der Behandlung des politischen Geschehens anderer Länder kann jedoch nicht abgeleitet werden, daß sich die jeweilige Linke nur mehr um ihren eigenen Kram kümmert und sich vielleicht noch gelegentlich zu internationalen Solidaritätsaktionen aufrafft. Genau in diese Richtung geht jedoch Deine Argumentation, wenn Du schreibst, daß es allein Sache der türkischen Linken ist zu urteilen, ob es in der Türkei bereits eine revolutionäre Partei gibt.

Auf weitere Diskussionen und solidarische Kritik freut sich schon heute

Hermann Dworczak

RÜSTUNG MENSCHHEIT TECHNIK NATUR

eine Diskussion über gesellschaftliche
Entwicklungsperspektiven

Mit Univ.Prof. Dr. W. DANTINE
Freda Meissner-Blau
Univ.Prof. Dr. T. SCHONFELD
+ einem Vertreter des
Forum Alternativ

Am Dienstag, den 19. Juni 1979
um 19 Uhr

Im AMERLINGHAUS
1070 Stiftgasse 8

WAS TUN DIE ARBEITERKAMMERN? WAS SOLLTEN SIE TUN?

Eine Diskussion mit Kammerräten der fünf in der Wiener AK vertretenen
Fraktionen:

Sozialistische Gewerkschafter – *Florian Mück*
Vizepräsident der Wiener AK

Österreichischer Arbeiter und – *Josef Müller*
Angestelltenbund stellv. Vorsitzender der Gewerkschaft
der Bau- und Holzarbeiter

Freiheitliche Arbeitnehmer – *Friedrich Kuchar*
Fraktionsobmann

Gewerkschaftlicher – *Ernst Schmidt*
Linksblock Betriebsratsobmann ÖAF
(Österr. Automobilfabrik)

Gewerkschaftliche Einheit – *Walter Stern*
Betriebsratsobmann
Goerz-Electro

DONNERSTAG, 7. JUNI 79
19.00 Uhr



Gewerkschaftliche Einheit

Die Alternative

zu den Parteifraktionen

Arbeiterkammerwahl

10./11. Juni 1979

Liste 5

links & unabhängig